

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Absoluter
Mehrwert:**



**Arbeit ohne
Auskommen**

**Die Union rüstet zum
Kulturkampf**

Seite 3

**Kommunalwahl
im Kosovo**

Seite 6

**Arbeit ohne
Auskommen**

Seite 12

**Gewerkschaftslinker
Kongresserklärung**

Seite 16

**Abdullah Öcalan's
Verteidigungsrede
auf deutsch
erschienen**

Seite 21



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24 00 94 68, Fax: 030/24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

NPD-VERBOT

Am 8. November will das Bundeskabinett über die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD beschließen. Am 10. November beschließt der Bundesrat in der gleichen Angelegenheit, hier liegt ein Antrag aus Niedersachsen und Bayern vor. Wie der Bundestag verfährt, ist noch offen. Die FDP hat schon erklärt, sie werde gegen die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD stimmen, von CDU und CSU im Bundestag gibt es noch keine klaren Aussagen.

Von SPD, Grünen und PDS gibt es demgegenüber den Vorschlag, der Innenausschuß solle gemeinsam mit dem Rechtsausschuß die von Schily und den anderen Innenministern vorgelegten Materialien prüfen und dem Bundestag eine Empfehlung vorlegen. Das kann schnell gehen – nächste Woche tagt der Bundestag erneut.

Nach den Beschlüssen von Kabinett und Bundesrat werden dann eine oder mehrere Klageschriften für das Bundesverfassungsgericht erstellt und diesem zugeleitet. Dann entscheidet Karlsruhe – auch darüber, ob zur Beweissicherung und zur Vermeidung von Unterschlagungen von Parteivermögen und -Akten polizeilich schon sehr rasch gegen die NPD vorgegangen wird. Das eigentliche Verbotverfahren kann dann noch lange dauern – wie lange, ist derzeit nur Thema für Spekulationen.

Für die PDS hat die Abgeordnete Ulla Jelpke am 7. November noch einmal deutlich erklärt, das NPD-Verbot sei „nur eine der Aufgaben im Kampf gegen Rechts“. Der Kampf gegen Rechts dürfe nicht auf dieses Verbotverfahren reduziert werden. Ebenfalls unverzichtbar seien: mehr Schutz für Opfer rechter Gewalt, eine breite Aufklärungskampagne gegen Rechts, eine Ergänzung des Grundgesetzes, die jede Wiederbelebung des Nationalsozialismus verbietet, mehr Geld für demokratische Jugendpolitik, Jugendaustausch und ein Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik, weg von Abschottung, Blutsrecht und „Leitkultur“, hin zu Integration und Gleichberechtigung dieser Menschen. Ohne diese Schritte sei auch ein Verbot der NPD nur eine „Alibiveranstaltung“.

KRITIK AN ARBEITSMARKT-ZAHLEN

Die neuesten Arbeitsmarktzahlen für Oktober melden einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 3,6 Millionen DM.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der PDS, Klaus Grehn, kritisierte am 7.11., dass die Arbeitslosigkeit vor allem in den neuen Ländern auf fast unverändert hohem Niveau stagniere. Auch „die Tendenz, Arbeitsplätze vor allem im Bereich des Niedriglohnsektors und als 630-DM-Jobs zu schaffen, hält an. Sie signalisiert eine Hinwendung von der Vollzeit-

arbeitslosigkeit zur Teilzeitarbeitslosigkeit bei jenen, die unfreiwillig oder aus Not dieses Angebot annehmen müssen. Immer weniger Menschen können ihren Lebensunterhalt allein aus Erwerbsarbeit bestreiten.“

NIX MIT „BASTA“! Die Drohung von Kanzler Schröder auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag, die Regierung werde ihre Rentenpläne auch gegen die Kritik der Gewerkschaften durchziehen (Schröder wörtlich: „Basta!“) hat ihm nicht nur in den Gewerkschaften Kritik eingetragen. Auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag wurde Schröder gleich als „Basta-Kanzler“ eingestuft, auch aus der IG Metall kam Kritik.

Die PDS-Rentenexpertin Heidi Knaake-Werner forderte darauf am 7.11., die Kritik der Gewerkschaften und der gleichzeitige Rückzug der Regierung bei der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge seien „Grund genug, über die Zukunft der Rente neu nachzudenken und nicht ... die Invalidenrente zu verschlechtern und die Altersrente zu kürzen.“ Insbesondere Altersarmut müsse verhindert werden.

GEGEN DEUTSCHE UN-TRUPPEN

Verteidigungsminister Scharping hat ohne Genehmigung des Parlaments mit der UNO ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Der außenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Gehrcke, kritisierte das scharf. Scharping habe „ohne Debatten im Bundestag und seinen zuständigen Ausschüssen“ gehandelt. „Während seit 1998 vertraglich zivile Beiträge Deutschlands vorgesehen waren, wird nun der militärische Bereich einbezogen.“

An diesem Schritt ist nicht nur die mangelnde parlamentarische Beteiligung zu kritisieren – die Sache an sich ist abzulehnen.“

Die PDS habe stets Auslandseinsätze deutscher Soldaten auch im Rahmen der UNO abgelehnt, zuletzt in Ost-Timor – und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte auf ausschließlich zivilen Beiträgen der Bundesrepublik für die Vereinten Nationen bestanden. Dabei bleibe es. Die PDS werde deshalb den gesamten Vorgang so rasch wie möglich im Bundestag zur Sprache bringen.

GEGEN CDU-ZUWANDERUNGSPAPIER

Die stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Pau hat die am 6.11. vom CDU-Vorstand kritisierten Eckpunkte für ein Zuwanderungspapier kritisiert. „Wer auf dem Leerwort Leitkultur beharrt, blockiert und will nicht integrieren. Wer Asyl mit Einwanderung vermengt, mißdeutet das Grundgesetz ... Eine Nation, deren Staatsbürgerschaftsrecht auf Blutsbande beruht, ist hinterwäldlerisch und nicht modern.“

Die Unionsparteien rüsten zum Kulturkampf

Die Auseinandersetzung einer breiten Öffentlichkeit mit den faschistischen Umtrieben hat einen Kernbereich der Unionspolitik – Deutschland ist kein Einwanderungsland! – gestreift. Zuwanderer abschrecken und Zugewanderte wieder vertreiben, das kann inzwischen vor der Weltöffentlichkeit und auch vor der Öffentlichkeit im Lande nicht mehr vertreten werden. Die Union muss umsteigen von der Strategie der Sicherung des Deutschtums durch Abschotten der BRD auf eine Strategie des Eindeutschens Zugewanderter. Das Eckwerte-Papier, das jetzt vom Unionspräsidium verabschiedet wurde, steht vor allem in diesem Konflikt, man muss der eigenen Anhängerschaft ausdeutschen, dass an der Zuwanderung kein Weg vorbeiführt. Und zeigen, was der Staat tun kann, damit unter dieser Bedingung das Land echt deutsch bleibt.

Eine breite Öffentlichkeit hat sich den Begriff, der die neue Unionsstrategie zusammenfasst, vorgeknöpft. Aber die Union hat es ausgehalten. Im Eckwertepapier wird die Parole Leitkultur! breit ausgelegt.

Wo liegen Schwächen der Kritik, die zusammengefasst lautet: In Deutschland ist die Verfassung unveränderlich, die Gesetze unverbrüchlich, die Amtssprache deutsch und was will man denn noch? Soll doch ansonsten jeder nach seiner Fäçon selig werden! – Diese Kritik ist schwach, weil Eindeutschungspolitik sich auf solche Vorgaben einlassen, sich auch auf dieser Grundlage entwickeln kann. Dass das möglich ist, liegt an Eigenarten der deutschen Verfassung und ihr entsprechender Gesetze.

So ist die deutsche Verfassung nicht vollständig säkularisiert. Sie versteht sich in der „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, und der Gott der Verfassung ist ohne Zweifel der expansive, auf Vorherrschaft bedachte Gott des christlichen Abendlandes, der in seinen Mitteln nicht wählerisch ist. Gleiche Religionsfreiheit herrscht in Deutschland nur in einem sehr eingeschränkten Maße und die Trennung von Kirche und Staat wurde im 19. Jahrhundert eingeleitet, aber bis heute nicht vollendet. Staatskirchliche Traditionen sind umgekehrt Traditionen der Staatsvergottung.

Ein zweiter zur Sache gehöriger Defekt der deutschen Verfassung liegt in den Vorschriften über die Erlangung der Staatsbürgerschaft, die nach wie vor trotz kleiner Auflockerungen durch die jetzige Regierung, auf dem jus sanguinis, der Blutsverwandtschaft beruht, die Deutschen begreifen sich danach als Zweige eines Stammes, und so ist „angestammt“ auch jedes dritte Wort z.B. von Stoiber. So lange diese Verfassung un-

Eckwerte, Auszug, Punkt X. (Schluss und Ausblick):

Aufgabe der Kommission wird sein, auf der Grundlage der ... Leitsätze ein konkretes und geschlossenes Zuwanderungskonzept zu erarbeiten. Dabei werden insbesondere folgende Fragen zu diskutieren sein:

Welcher Umfang an Zuwanderung ist mit Blick auf die beteiligten Interessen vertretbar?

Welche Bedeutung kommt der Zuwanderung mit Blick auf die sich abzeichnende demografische Entwicklung zu?

Wie wird das Verhältnis zwischen einzelnen Zuwanderungsgruppen bestimmt?

Welche Instrumente zur Zuwanderungsregelung und -begrenzung stehen zur Verfügung?

Welche Möglichkeiten zur Bekämpfung des Asylmissbrauchs können über das bestehende Recht hinaus zur Verfügung gestellt werden?

Wie ist ein Integrationskonzept zu gestalten?

Welche Möglichkeiten bestehen, illegale Zuwanderung wirksamer zu bekämpfen und wie soll auch unter humanitären Gesichtspunkten mit den Menschen umgegangen werden, die aufgrund illegaler Einreise in Deutschland leben?

Eckwerte, Auzug, Punkt V., *Auslegung zur „Leitkultur“:*

Jedes Staatswesen und jede Gesellschaft muss auf ein bestimmtes gemeinsames Fundament, ein gegenseitiges Vertrauen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl achten. Zu diesem Fundament zählt auch die Akzeptanz eines gemeinsamen Grundwertekanons. Anders kann ein Gemeinwesen mit unterschiedlichsten individuellen Lebensvorstellungen nicht stabil bleiben. Ohne Loyalität gegenüber den grundlegenden Wertvorstellungen des Aufnahmestaates und entsprechend dem gemeinsamen Identitätsbewusstsein kann unser Gemeinwesen weder seine Aufgaben erfüllen noch seine Bürger für das Gemeinwohl aller in Pflicht nehmen.

Integration erfordert deshalb, neben dem Erlernen der deutschen Sprache sich für unsere Staats- und Verfassungsordnung klar zu entscheiden und sich in unsere sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse einzuordnen. Dies bedeutet, dass die Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, die vom Christentum, Judentum, antiker Philosophie, Humanismus, römischen Recht und der Aufklärung geprägt wurde, in Deutschland akzeptiert wird. Das heißt nicht Aufgabe der eigenen kulturellen und re-

ligiösen Prägung, aber Bejahung und Einordnung in den bei uns für das Zusammenleben geltenden Werte- und Ordnungsrahmen.

Integration in diesem Sinne ist weder einseitige Assimilation, noch unverbundesenes Nebeneinander auf Dauer. Multikulturalismus und Parallelgesellschaften sind kein Zukunftsmodell. Unser Ziel muss eine Kultur der Toleranz und des Miteinander sein – auf dem Boden unserer Verfassungswerte und im Bewusstsein der eigenen Identität. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die Beachtung dieser Werte als Leitkultur in Deutschland bezeichnet wird.

Die Chance, dass Zuwanderung dem Wohle unseres Landes dient, zu nutzen und die Risiken einer unzureichenden Integration zu minimieren, setzt eine konsequente Integrationspolitik voraus.

Bessere und schnellere Integration der rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland lebenden Migranten verlangt zunächst und vor allem entsprechende Sprachkenntnisse. Nur wer hinreichend gut Deutsch kann, hat auf dem deutschen Arbeitsmarkt und in der deutschen Gesellschaft eine Chance. Das Vorhandensein guter deutscher Sprachkenntnisse sollte sich als "Bonus" auswirken, etwa bei der Entscheidung über einen Zuwanderungsantrag oder auch sonst bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis oder eines dauerhaften Aufenthaltstitels. Auf der anderen Seite muss es möglich sein, Zuwanderer jedenfalls dann, wenn sie etwa auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, zur Teilnahme an Integrationskursen und hier vor allem Sprachkursen zu verpflichten. Zwar gibt es bereits eine ganze Reihe von Angeboten zur Sprachförderung. Eine Verpflichtung, diese Angebote anzunehmen, besteht jedoch oftmals nicht. Konkrete Verpflichtungen, einhergehend mit einem System von Anreizen und Sanktionen, können jedoch dazu beitragen, dass bleibeberechtigte Ausländer möglichst rasch die deutsche Sprache erlernen und dadurch die Grundlage für eine gelungene Integration schaffen.

Ausländer, die berechtigterweise einreisen und einen Daueraufenthalt erlangen wollen, sollen an einem Eingliederungsprogramm teilnehmen. Dieses Programm soll insbesondere Deutsch, die Grundzüge der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, der Geschichte und Kultur unseres Landes sowie gesellschaftliche und berufliche Orientierung umfassen. Entsprechende frühzeitige Bemühungen können Separierungstendenzen und damit die Bildung von Parallelgesellschaften vermeiden helfen.

verändert ist, hat der, die oder das Fremdstämmige hierzulande letztlich nichts verloren.

Ähnlich steht es mit den Gesetzen. In Deutschland kann man immer noch Gesetze dadurch brechen, dass man hier geboren wird, ohne ein Aufenthaltsrecht zu haben. Illegal, vielleicht gerade noch geduldet, von Anfang an. Um es klar zu sagen: Die deutsche Ausländergesetzgebung ist repressiv. Die Betroffenen könnten ihr unter Vernunftgründen nicht zustimmen, sie können sie bloß hinnehmen. Im aufgeklärten Sinn ist so was kein Gesetz, sondern eher zivil überrückter, formalisierter, geregelter Fremdenhass.

Und was ist mit dem dritten Punkt, nach dem die Sprache deutsch sei und damit Punktum? Erstens ist es nicht ganz so, das Dänische und das Wendische werden irgendwie geduldet, auch wenn die reine deutsche Lehre dafür keinen Grund weiss und lieber nicht davon spricht. Zweitens aber müsste sich auch hier was ändern. Wieso?

Die modernen Wanderungsbewegungen ergeben sich aus der Struktur des Weltmarktes, vor allem aus den international verzahnten Produktionsabläufen. Aus Ländern, in die Kapital investiert wird, können Arbeitskräfte mobilisiert werden, die sich mit den Bedürfnissen jenes Kapitals schon auskennen. Ein Weltarbeitsmarkt entsteht, auf dem Mobilität nur möglich ist, wenn den Menschen überall gewisse kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Dazu gehört die Pflege der Muttersprache. Das müssen die Gesetze zulassen, das muss bis zu einem gewissen Grade die öffentliche Schule leisten. Sehr schade ist, dass die gängige Kritik an der Union, mag sein nebenbei und versehentlich, den Geltungsanspruch der deutschen Sprache unterstreicht und gegen den Gebrauch anderer Sprachen auf deutschem Territorium still polemisiert.

Verfassung, Gesetze, Sprachen im Lande, die bestehenden Regeln sind unzulänglich und ungerecht. Statt den Einwohnern gleiche Bürgerrechte zu gewährleisten, organisieren sie Eindeutigung. Statt die staatliche Sphäre – Verfassung, Gesetz, Verwaltungshoheit – rational an den politischen Willen der Einwohner zu binden, sucht sich der Staat den eigenen Hintergrund: Gott, Stamm, Tradition usw.

Die Union hat unter dem Druck der Öffentlichkeit eine Art Hütchenspiel vorgenommen, statt entlarvend und geschichtlich schwer beladen von „deutscher Leitkultur“ ist nun von „Leitkultur in Deutschland“ die Rede. Allerdings haben sich deutsche Herrscher – auch die Schlimmsten – seit eh und je in der Pose des Verteidigers des Abendlandes gefallen, aber eine Distanzierung vom Deutsch-Völkischen ist doch spürbar.

Zu wenig beachtet wird, dass es der Union bereits gelungen ist, einen möglichen Ansatz zu mitbürgerlicher Solidarität aus der Debatte zu schmeissen. Von

„multikultureller Gesellschaft“ wagt heute kaum noch wer zu reden. So ist die Kritik an der Union laut und in vielen Punkten treffend, aber ohne eigenes Ziel.

Dagegen kann und wird die Union auftrumpfen. Sie redet von dem bestimmten gemeinsamen Fundament, das jedes Staatswesen und jede Gesellschaft brauche. Der Trug liegt nicht darin, dass Staatsverfassung und Gesetze das Zusammenleben nicht ausmachen, falsch und der modernen Welt nicht angemessen ist aber, dass es darum gehe, Staatswesen und (damit deckungsgleich gedachte) Gesellschaften zusammenzuhalten. Tatsächlich hat man es heute mit einer Weltgesellschaft zu tun, und die von der Union reklamierte Wertegemeinschaft ist in einer vielfältig zusammengesetzten Weltkultur gegebene Tatsache. Das wurde durch den Welthandel eingeleitet und die heute gängigen, ineinander verzahnten, stofflich aufeinander angewiesenen Produktionsabläufe vollenden es. Damit werden sich die herkömmlichen Staaten, bis hin zur BRD und dem Freistaat Bayern, abfinden müssen. Wenn Handel, Finanzierung und materielle Produktion die hergekommenen Staaten & Gesellschaften zu Teilgesellschaften einer Weltgesellschaft machen, wird sich die gegebene Vielfalt überall darstellen. Die Migration, die Zu- und Wegwanderung ist eine Folge unumkehrbarer Entwicklungen.

Obwohl die Union gegenwärtig stark unter Beschuss steht, hat sie doch die Weichen gestellt für die reaktionäre Behandlung der Wanderungsbewegungen in der modernen Welt durch den deutschen Staat. Die Strategie der „Leitkultur in Deutschland“ hämmert ein, dass es höher- und niederrangige Kulturen gebe. Gefährlich, weil Unterschiede in Rangordnung verwandelt werden. Die Funktion der „Leitkultur“, (ein verflachtes, unreflektiertes Aufleben des Irrtums der Staatsreligion) besteht dabei – leider! – nicht darin, dass die Individuen, die ihr anhängen, ihr Verhalten danach einrichten. Es geht schon eher darum, dass Individuen, die sich an diese Werte nicht halten, sie anderen aufherrschen.

Die Auseinandersetzung im kulturellen Raum, zwischen den Bürgern, die für die Entwicklung von Lebenspraktiken unerlässlich ist, wird auf diese Weise vergiftet und verhetzt. Das ist übel genug, dazu kommt aber noch, dass diese Strategie dem Staat das Recht und die Aufgabe zuspricht, die Bürger kulturell – das heißt in allen ihren Lebensäußerungen – zu überformen. Der Kulturkampf, den die Union führt, ist mit der Konzeption eines Staates verbunden, der sich die Bürger macht, wie er sie braucht.

Die Abwehr der autoritären Attacke kann nicht in Verteidigung des Ist-Zustandes gelingen, sondern nur im Zusammenhang eines Reformkonzeptes. Die Union will dieses Wahlkampfthema. SPD, Grüne, PDS müssen sich stellen.

maf

**IG Metall-Tarifkommission
Baden-Württemberg**

„Beteiligung an den Gewinnen“

**Sind im Gegenzug „tarifliche Entgelte
als Mindeststandards“ zu halten?**

Am 24./25.10.2000 war in Böblingen tarifpolitische Klausur. Nach einer Einleitung durch Bezirksleiter Huber tagten vier Arbeitsgruppen zu „Leistungspolitik“, „Qualifizierung“, „Arbeitszeitpolitik“ und „Differenzierung in der Entgeltpolitik“. Als Gast durfte sich Südwestmetall-Chef, Dr. Otmar Zwiebelhofer, auslassen. Nach Referaten von Klaus Zwickel und Berthold Huber und anschließender Diskussion wurde zu den vier Themen (ohne Änderung, bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen) eine Entschließung mit „tarifpolitischen Zielsetzungen und Prioritäten bis 2003“ verabschiedet (siehe Dokument). Im folgenden wird über die Einkommens-Debatte berichtet.

Zwiebelhofer, neuer Präsident des fusionierten „Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V. – Südwestmetall“, konnte die gesamte Flexi-Palette der Metallkapitalisten anbringen. Der Tarifvertrag setze bisher Mindestbedingungen, die nicht unterschritten werden dürften; dringend benötige man Klauseln für betriebliche Abweichungen, sonst gebe es noch mehr Verbandsaustritte. Grundsätzlich solle im Tarif nach „wirtschaftlicher Leistungsstärke“ unterschieden werden. Forderungen, Warnstreiks, Angebote und Ultimativen seien „Rituale von gestern“ und sollten durch „externe Moderatoren“ und „Konsenskultur“ ersetzt werden.

„Jahresarbeitszeit-Budgets nach Auftragseingang“ seien überfällig. Der in Baden-Württemberg derzeit verhandelte gemeinsame Entgelttrahmentarvertrag für Arbeiter/innen und Angestellte dürfe auf keinen Fall für die einzelnen Betriebe mehr kosten. Auch beim Entgelt brauche man grundlegend Flexibilisierung je nach betrieblichem Ergebnis, etwa Produktions- oder Stückzahlen. Bei Misserfolg wolle man weniger, bei Erfolg mehr bezahlen. Bei Verlusten oder Gefährdung der Arbeitsplätze müsse besonders bei den tariflichen Einmalzahlungen (55 und 50 Prozent betriebliche Sonderzahlungen/„Weihnachtsgeld“ bzw. Urlaubsgeld) nach unten abgewichen werden können, indem diese „ergebnisabhängig“ gestaltet würden. Die Tarifvertragsparteien sollten für die Betriebspartner eine bestimmte Bandbreite mit Kriterien vereinbaren. Mit Huber

Tarifkommission: Neue Ziele in der Tarifpolitik – Die Große Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg hat sich in ihrer Klausur am 24. und 25. Oktober mit neuen Zielen in der Tarifpolitik befasst. Im Frühjahr 2001 kann sich die Tarifkommission vorstellen, die Themen Qualifizierung und Leistung in einer Tarifrunde anzupacken. Das sind alles Themen aus dem Entgelttrahmentarifvertrag, der somit in einem ersten Schritt angegangen werden soll. Weitere Einzelheiten im folgenden Wortlaut der EntschlieÙung.

Klausur der GroÙen Tarifkommission der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg am 24./25. Oktober 2000 in Böblingen, EntschlieÙung

Für eine moderne und solidarische Arbeitsgesellschaft

1. Tarifpolitische Zielsetzungen

Eine moderne und solidarische Arbeitsgesellschaft erfordert eine nachhaltige Arbeitspolitik. Diese zielt auf die Nutzung und Erweiterung der Qualifikations- und Erfahrungspotenziale der Beschäftigten während ihres gesamten Arbeitslebens. Der Ausschluss von Gesundheitsgefährdungen durch die Arbeit ist dafür Voraussetzung. Entsprechend sind die Arbeits- und Leistungsbedingungen wie Arbeitszeiten zu gestalten. Sie erfordert eine wirksame Beteiligung der Beschäftigten an der Gestaltung und Festlegung ihrer Arbeitsaufgaben, bei Arbeitszeitmodellen und der von ihnen abgeforderten Leistung. Sie hat auf den Schutz derer zu achten, die auf Grund ihrer Ausbildung, ihres Geschlechts oder ihrer gesundheitlichen Einschränkungen von Ausgrenzung und Diskriminierung bedroht sind.

Eine moderne und solidarische Arbeitsgesellschaft verlangt Verteilungsgerechtigkeit. Eine aktive Entgeltpolitik, die auch auf eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Beschäftigten zielt, ist ein wesentlicher Beitrag für die Teilhabe aller am wirtschaftlichen Wachstum. Angesichts einer zunehmenden Ausdifferenzierung der ökonomischen Rahmenbedingungen

müssen die Strukturen und Inhalte unserer Tarifpolitik weiterentwickelt werden, um die Wirksamkeit unserer Tarifpolitik für die Erhöhung und zur Absicherung der Effektiventgelte zu erhalten und zu verbessern.

Verteilungsgerechtigkeit beinhaltet das Prinzip: „Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit und Leistung“. Dies ist ein dringend notwendiger Reformschritt in unseren Tarifverträgen.

Eine moderne und solidarische Arbeitsgesellschaft ist unvereinbar mit dem Ausschluss von Millionen Menschen durch Massenarbeitslosigkeit. Die Fortführung einer aktiven Beschäftigungspolitik ist weiter durch tarifliche Maßnahmen der Umverteilung des Arbeitszeitvolumens zu begleiten. Dabei steht die Schaffung gesicherter Arbeitsverhältnisse im Vordergrund. Prekäre Arbeitsverhältnisse stehen im Widerspruch zu einer gleichberechtigten Teilhabe.

Eine moderne und solidarische Arbeitsgesellschaft setzt gesicherte und tarifliche Mindeststandards für alle voraus, die sich an den Bedingungen der jeweiligen Sektoren und Branchen orientieren. Die Sicherung der Tarifaufonomie und Tarifbindung sind hierfür Voraussetzung. Dies bedeutet für die IG Metall, die Anstrengungen zum Erhalt unserer organisationspolitischen Basis in den Betrieben zu forcieren und bei Tariffucht Widerstand zu organisieren.

2. Tarifpolitische Prioritäten bis 2003

Vor der Hintergrund der tarifrechtlichen Voraussetzungen bis 2003 zieht die Große Tarifkommission folgende Schlussfolgerungen:

1. Die IG Metall Baden-Württemberg wird den im diesjährigen Tarifiergebnis vereinbarten Verhandlungsauftrag zu Fragen der Arbeitszeit und Arbeitszeitgestaltung aufnehmen. Wir werden versuchen, mit Südwestmetall diese Fragen bis 2002 in freien Verhandlungen einer Klärung zuzuführen. Kommt es dort zu keinen befriedigenden Ergebnissen, wird die IG Metall diese Themen 2003 auf die Tagesordnung setzen. 2003 muss die gesamte IG Metall die weitere Angleichung der Arbeitszeit in den neuen Bundesländern durch eine arbeitszeitpolitische Initiative unterstützen.

2. Die anhaltend gute Konjunktur erfordert eine Korrektur der verteilungspolitischen Schieflage durch eine aktive Lohn- und Gehaltsrunde 2002. Die zunehmende Ausdifferenzierung der betrieblichen Ertragslagen und die Notwendigkeit der Sicherung von Effektiventgelten durch Tarifvertrag erfordert eine Diskussion über andere bzw. zusätzliche Formen der Entgeltdifferenzierung und Strukturen in unserer Tarifpolitik. Die IG Metall Baden-Württemberg wird bis Herbst 2001 hierzu ihre Position klären.

3. Ab der Lohn- und Gehaltsrunde 2002 muss die Anpassung der Entgelte mit dem Ziel gleicher Entgelte für vergleichbare Arbeit und Leistung vorangebracht werden. Dies bedeutet, dass in zukünftigen Tarifrunden Teile des Tarifvolumens für notwendige Strukturanpassungen verwendet werden müssen.

4. Die Große Tarifkommission sieht im Jahr 2001 Raum für eine tarifpolitische Initiative zur Durchsetzung unserer Vorstellungen zur Qualifikation und Leistungspolitik.

Die Große Tarifkommission fordert die Bezirksleitung auf, ausgehend von dieser Klausur eine Kampagne „Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft gestalten – durch Qualifikation und Beteiligung der Beschäftigten“ vorzubereiten. Sie fordert die Verwaltungsstellen und Betriebe auf, noch im Jahr 2000 mit deren Umsetzung zu beginnen.

Die Große Tarifkommission erklärt die Bereitschaft der IG Metall, mit Südwestmetall konstruktiv diese Themen in den Verhandlungen zum Entgelttrahmentarif zu bearbeiten. Sie erwartet, dass die Verhandlungen zu den Themenkomplexen „Leistung“ und „Qualifikation“ bis Ende dieses Jahres einen Verhandlungsstand erreicht haben, der die Chancen von einvernehmlichen Regelungen erkennen lässt.

Die Große Tarifkommission bekräftigt nochmals ihr Wollen, der Verhandlungsverpflichtung zur Umwandlung von Entgelt für die zusätzliche Altersvorsorge konstruktiv nachzukommen. Sie erwartet dies auch von Südwestmetall. Wenn die Tarifvertragsparteien in solchen Fragen keine Lösungskompetenz beweisen, ruft dies den Staat auf den Plan und gefährdet damit die Tarifaufonomie.

IG Metall Bezirk Baden-Württemberg 2000

sei er hier 1999 schon einig gewesen. Nur hätten kleinere Betriebe sich nicht in die wirtschaftlichen Karten blicken lassen wollen – wobei in solchen Fällen 55 Prozent weiter zu zahlen seien. Bei der Privatisierung der Rente spreche die Presse schon vom „vorletzten Gefecht der Gewerkschaften“. Er wisse um die weitere „Herausforderung der IG Metall“ in der Frage ergebnisabhängiger Bezahlung. Zwickel habe diesbezüglich „noch einen Marathonlauf in seiner Organisation vor sich“.

Dieser schwächte seine in der IGM umstrittenen Vorstöße für 32-Stunden-

woche oder Renten-Tariffonds ab und sagte bundesweite Unterstützung für die Ziele Entgelttrahnen, Leistungsbegrenzung (Personalbemessung) und Recht auf Qualifizierung zu (siehe EntschlieÙung). In sechs Redebeiträgen wurde deutlich Kritik am letzten Tarifaabschluss geübt, unter Verweis auf steigende Preise bei nur 2,1 Prozent Tarifierhöhung ab 1. Mai 2001 zum Teil auch verbunden mit Nachschlagsforderungen. Zwickels Reaktion darauf heftig: Man solle „sich hüten, selbst Lohndruck und Nachschlagsbewegungen zu schüren“. Da Gesamtmetall sich auf den Tarifvertrag berufe,

stünde man als „tarifpolitischer Bettler“ da. Wenn der Druck stark werde, müsse man allerdings Überlegungen anstellen. Auch Huber meinte, er habe wochenlang vergeblich geprüft, welches tarifpolitische Element man hierfür verwenden könne. Tarifrechtlich sei nichts offen. Eine gewisse Entlastung könne die Durchsetzung der von der Bezirksleitung im Rahmen des Entgelttarifs vorgeschlagenen Forderung nach Erhöhung des tariflichen Leistungszulagesatzes im Zeitlohn um fünf Prozent bringen. Wie Zwickel versuchte er auf 2002 zu vertrösten, wo man sich „bei der Tarifrunde wieder

auf Geld konzentrieren“ werde.

In der Entgelt-Arbeitsgruppe führte Huber aus, die Ertragslagen hätten sich ausdifferenziert. In bestimmten Betrieben wie Porsche sei die Schere zwischen Tarif- und Effektivem Einkommen stark gewachsen, bei Daimler-Chrysler seit 1994 um 15 Prozent. Der Tarif verliere dort an Bedeutung. An Differenzierung innerhalb der jeweiligen Branchen komme man nicht vorbei. Bisher „betriebliche Sonderabschöpfungen und Bonuszahlungen bei Extragewinnen“ sollten tariflich mittels eines „zweiten Bausteins, als Option einer freiwilligen Betriebsvereinbarung im Weihnachtsgeld-Tarifvertrag“ abgesichert werden: „Nach oben bis zu einer bestimmten Zahl offen. Unterste Linie könnten 40 Prozent sein!“ Diese Zahl mittragen wollte nur ein Redner, allgemein für eine Gewinnabschöpfungs-Regelung im Weihnachtsgeld-Tarif waren drei. Fünf Tarifkommissionsmitglieder hielten dagegen Gewinnbeteiligung nur in einem gesonderten, neuen Tarifvertrag für vorstellbar, um die Mindestsätze beim Weihnachtsgeld nicht zu gefährden. Und sechs Redner, darunter auch Bevollmächtigte, lehnten darüber hinaus Hubers Absenkungsvorschlag auf 40 Prozent explizit ab.

Bereits 1999 anlässlich des Gewerkschaftstages wurde um „ertragsabhängige Tarife“ heftig diskutiert. Nach 15 Jahren Tabu lautet seither die Beschlusslage: „Die IG Metall muss ... klären, ob ein tarifpolitisches Instrumentarium entwickelt wird, das eine Beteiligung der Beschäftigten an diesen (über ‚Sonderkonjunktoren‘ bedingten) Gewinnen erzwingbar macht.“ Weiterhin abgelehnt wird jedoch eine Öffnung nach unten: „Dabei muss die tarifliche ... Sicherung der Entgelte ... als Mindeststandards auch in Zukunft unabhängig von konjunkturellen oder betrieblichen Entwicklungen erfolgen.“ Dass tarifliche Gewinnbeteiligung angestrebt wird, „um gewinnträchtige Großunternehmen bei der Stange (der IG Metall) zu halten“, scheint klar. Die Frage ist, was passiert mit kleineren und schwächeren Belegschaften und Betriebsräten oder bei Konjunkturabschwüngen? Wenn der Preis dafür, bisher betrieblich durchgesetzte stärkere Einkommensanhebungen per tariflichen Regularien erreichen zu können, in der Möglichkeit der Kapitalisten bestehen sollte, auf der anderen Seite Tarife als Mindestregelungen auch abzusenken, dann ist er ohne jeden Zweifel eindeutig zu hoch. Ein Redner sprach vom „letzten Gefecht der IG Metall“, gegen den Rutsch nach unten und die endgültige Erosion des Tariflohnsystems in der Fläche. Dass Huber den Kapitalisten ohne Not bereits Zugeständnisse gemacht hat, ist bedauerlich, muss aber noch nichts heißen. Am 23.11.2000 ist erneut Tarifkommission. Bevollmächtigte gehen davon aus, dass die Bezirksleitung dann schon über eine mögliche Öffnung nach unten eine Abstimmung suchen

Kosovo

Terror gegen Wahlsieger

Parteigänger Rugovas erschossen. Nach Wahl-niederlage bangen Ex-UCK-Kämpfer um Pfründe

Ungeachtet ihrer demokratischen Fragwürdigkeit machten die Wahlen im Kosovo deutlich, daß die verschiedenen Gruppierungen und Parteien der zu Politikern mutierten UCK-Kämpfer und Drogengangster kaum Rückhalt in der albanischen Bevölkerung des Kosovo haben. Trotz vielfacher Einschüchterungsversuche der Bevölkerung durch die ehemaligen UCK-Kommandeure ist dem glühenden albanischen Nationalisten und überzeugten Separatisten Ibrahim Rugova ein überzeugendes Comeback gelungen. Er hat stets versucht, sein Ziel auf friedlichem Weg zu verwirklichen und ist deshalb von der UCK zum „Verräter“ abgestempelt worden.

Der OSZE-Kosovo-Mission zufolge erhielt Rugovas Demokratische Liga des Kosovo (LDK) 58 Prozent der Stimmen. Die Nachfolgeparteien der UCK kamen zusammen auf etwa 27 Prozent. Nur in den Kommunen im Mittelkosovo, die seit je her als Hochburgen der Terroristenbewegung gelten, hat es die Partei des in Serbien wegen achtfachen Mordes gesuchten Hashim Thaci geschafft, die Führung zu übernehmen. Damit hat Ibrahim Rugova den ins politische Geschäft gewechselten Kommandeuren der UCK eine schmerzhaft Niederlage beigebracht. Weil zu erwarten ist, daß die im terroristischen Kampf erprobten UCK-„Politiker“ ihre Pfründe und Machtpositionen, die sie sich unmittelbar nach dem Krieg in den meisten Kommunen des Kosovo erobert hatten, nach der verlorenen Wahl nicht ohne Widerstand abgeben werden, um das Feld dem „Verräter“ Rugova und seinen Anhängern zu überlassen, hat sich die NATO-geführte KFOR nach einem Bericht der britischen Tageszeitung The Independent bereits auf den Ausbruch von Gewalttätigkeiten vorbereitet.

Vor diesem Hintergrund mußte die Tatsache, daß Hashim Thacis PDK unmittelbar nach der Wahl gegen den angeblich von Rugova „gestohlenen Sieg“ protestierte, besonders bedenklich stimmen. In vielen Gemeinden der Provinz sei die Kommunalwahl manipuliert worden, sagte der PDK-Wahlkampfleiter Bilal Sherifi in Pristina. „In Prizren und sechs anderen Kommunen wurde der PDK der Sieg gestohlen“. Vor der Pressekonferenz der PDK in der Kosovo-Hauptstadt hatte der umstrittene UNMIK-Chef Bernard Kouchner, unterstützt von US-Diplomaten, Gespräche mit Thaci in dessen Hauptquartier geführt. Wohl um diesen zu beschwichtigen und vor übereilten

Reaktionen abzuhalten. Nach außen ist der Ex-UCK-Kommandeur scheinbar darauf eingegangen, denn trotz aller Klagen über den „gestohlenen Wahlsieg“ erklärte Thaci in einer totalen Wende, das „endgültige Ergebnis“ der Wahl akzeptieren zu wollen. Als erster Politiker der siegreichen Partei von Ibrahim Rugova ist am Dienstag der 45jährige Hazir Raci in der Stadt Klina im Westen des Kosovo von Unbekannten erschossen worden. Von einem politischen Hintergrund wollte die UN-Polizei in der UCK-Hochburg nicht sprechen.

Nach dem deutlichen Sieg der Partei Rugovas bei den Kommunalwahlen in Kosovo hat sich der jugoslawische Präsident Kostunica am Dienstag zu Gesprächen mit den Führern der albanischen Bevölkerungsmehrheit über die Zukunft Kosovos bereit erklärt. Bei einem Besuch in Norwegen wiederholte Kostunica auch seine Kritik an den unter internationaler Aufsicht durchgeführten Kommunalwahlen in Kosovo. „Wir sind nicht glücklich über diese Wahlen. Wir hätten uns eine Verschiebung gewünscht“, sagte er vor Journalisten in Oslo. Er sei jedoch offen für Kontakte aller Art mit den albanischen Führern. Kostunica sagte weiter, mit dem demokratischen Wandel in Jugoslawien nach dem Sturz Milosevics sei die Chance für eine Lösung des Kosovo-Problems gestiegen. Er wandte sich jedoch entschieden gegen die Unabhängigkeit der Provinz, wie dies von den Führern der Kosovo-Albaner gefordert wird. Eine Unabhängigkeit Kosovos sei eine grosse Gefahr für die Stabilität der Region, sagte Kostunica.

Neues amerikanische Doppelspiel im Kosovo

Doch trotz der Warnungen von Kostunica wird weiter daran gearbeitet, den Kosovo doch von Jugoslawien abzutrennen. Eine erste Überlegung ist, aus dem Kosovo eine dritte Teilrepublik Jugoslawiens zu machen, die sich dann völkerrechtlich korrekt von Serbien trennen und seine Unabhängigkeit erreichen könnte. Der Plan hat allerdings den Makel, dass Jugoslawien dabei mitspielen müßte, wozu jedoch auch die neuen Kräfte in Belgrad nicht bereit zu sein scheinen.

Wenn jedoch Washington die Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates durchsetzen will, dann riskiert es, dass US-Truppen im Kosovo zur Zielscheibe albanischen Terroristen werden, wodurch die gesamte Balkanpolitik der Clinton-Regierung in Amerika diskreditiert würde. Denn Resolution 1244 betont die ungebrochene Souveränität Jugoslawiens über das Kosovo, die die albanischen Separatisten überwinden wollen.

Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, hat sich nun Washington an einen alten Trick erinnert. Wenn Dir etwas nicht gefällt, interpretiere es einfach um. Wenn Dein Anwalt sagt, das geht nicht, dann suche Dir einen anderen Anwalt.

Bis es geht. Mit Hilfe einer einseitigen Um-Interpretation der UNO-Resolution 1244 würden in der Tat viele Probleme Washingtons gelöst werden, denn trotz aller Proteste könnte dann das Kosovo „völkerrechtlich korrekt“ seine staatliche Unabhängigkeit erhalten, die UCK-Verbündeten befriedigt und die Gefahr von US-Truppen abgewendet werden.

Mit einseitigen Interpretationen von UNO-Beschlüssen haben die Vereinigten Staaten schließlich große Erfahrung. Die Rechtfertigung des anhaltenden Bombenkriegs gegen den Irak begründet Washington mit Hilfe einer sehr eigenwilligen und einseitigen Auslegung einer UNO-Klausel in Hinsicht auf den Irak. Die Tatsache, dass das alle anderen Länder – mit Ausnahme von Großbritannien, das mitbombt – anders sehen, hindert die USA nicht daran, den Kleinkrieg gegen Bagdad fortzusetzen.

Und tatsächlich scheint das US-Außenministerium seit einiger Zeit recht intensiv an einer solchen Um-Interpretation der UNO-Resolution 1244 gearbeitet zu haben. Das berichtete am 30.10.00 die liberalen britischen Tageszeitung „The Independent“, wobei sie sich auf die jüngst getroffenen Aussagen eines hohen Beamten des US-Außenministeriums in Pristina berief. Diese Richtung sei eingeschlagen worden, nachdem der amerikanische Botschafter zur UNO, Richard Holbrooke, letzte Woche das Kosovo besucht hatte, wo er mit seinen alten Freunden aus der UCK zu Geheimgesprächen zusammengetroffen war.

Die neue Position des US-Außenministeriums scheint jetzt zu sein, dass die UNO-Resolution 1244 zwar ausdrücklich die territoriale Integrität Jugoslawiens garantiert, dass aber das nicht bedeutet, dass das Kosovo nicht unabhängig werden kann. „De facto ist die Unabhängigkeit bereits Realität“, zitierte The Independent den hohen US-Diplomaten. („Albanians rejoice in their march to freedom“, By Kim Sengupta in Pristina, The Independent, 30. Oktober 2000) Ein anwesender UNO-Beamter habe sich dagegen voller Unverständnis über diese neue Interpretation von Resolution 1244 geäußert: „Ein hohes Maß an Autonomie? Ja. Verharmloste Form der Selbstverwaltung? Ja. Aber ich sehe nirgendwo, dass 1244 dem Kosovo die Unabhängigkeit ermöglicht.“ (Quelle, The Independent, ebenda)

Sollte Washington trotzdem die Um-Interpretation von 1244 weiter verfolgen, dann bricht es nicht nur mit Jugoslawien, bevor sich die Beziehungen zu den neuen Kräften in Belgrad wieder richtig entwickeln konnten, sondern auch mit der Europäischen Union. Der EU-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, der Brite Chris Patten hatte kürzlich in Belgrad kategorisch die Unabhängigkeit des Kosovo ausgeschlossen. („L'UE rejette la possibilité d'une indépendance du Kosovo“, BELGRADE, 24. Okt. 00, AFP). Wörtlich sagte er: „Die Position der

EU zum Kosovo basiert auf der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der UNO, die eine „substantielle Autonomie“ dieser Provinz innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien vorsieht. Wir werden uns keinen Zentimeter von dieser Resolution weg bewegen. Das ist unsere Politik heute und das wird unsere Politik in der Zukunft sein.“ (Quelle, AFP, ebenda)

„The Guardian“, eine andere große britische Tageszeitung schrieb ebenfalls, daß die USA bereit seien, sich in der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo „mit ihren NATO-Partnern zu überwerfen. Allerdings – so „The Guardian“ dürften sich die USA in nächster Zukunft zurückhalten, ihre politische Kehrtwende offiziell bekannt zu machen, allein schon um den neuen Kräften um Vojislav Kostunica bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nicht zu schaden.

Die Widersprüche in der amerikanischen Politik dürfte jedoch auch Belgrad nicht übersehen, hatte doch der amerikanische Gesandte James C. O'Brien bei seinem ersten Treffen mit Kostunica dem neuen jugoslawischen Präsidenten die volle Unterstützung der USA zugesichert, ihn bei dessen erklärtem Ziel zu helfen, die serbischen Flüchtlinge sobald wie möglich zurück ins Kosovo zu bringen. Dies lässt sich jedoch mit Holbrookes Um-Interpretation von 1244 nicht vereinbaren. Denn in einem unabhängigen Kosovo, in dem der albanische Rassismus vollkommen zügellos wüten könnte, hätten die Serben überhaupt keine Zukunftschancen. Aber wie schon so oft in der Vergangenheit, so scheint Washington auch diesmal ein Doppelspiel zu betreiben und auf verschiedenen Schultern zu tragen. (Rainer Rupp/hav)

„Eine Sozialrevolte, an deren emanzipatorischen Momenten die Linke anknüpfen muss“

Interview

mit einem Vertreter des Züricher Nahostforums

Die Intifada unterstützen: Mit diesem Ziel haben AntiimperialistInnen in Zürich das Nahostforum gegründet ...Dieter Drüssel, Sekretär des Zentralamerikasekretariats, ist einer der Initianten dieses Forums. Ein Gespräch über Antisemitismus, linke Perspektiven und einen neuen Antiimperialismus.

? Dieter, du hast mit anderen GenossInnen zusammen das Nahostforum ins Leben gerufen. Was wollt ihr mit eurer Initiative erreichen?

Das Feld der Interpretation und der Stellungnahme zu den Entwicklungen im Nahen Osten wird von den Rechten beherrscht. Es besteht die Gefahr, dass die neue Intifada von der «Moschee» und der arabischen Petrobourgeoisie vereinnahmt wird – im Zusammenspiel mit der aggressiven Politik der israelischen Regierungen. Der Aufstand der Palästinenserinnen und Palästinenser bleibt dennoch im Kern eine Sozialrevolte, an deren emanzipatorischen Momenten – dem Recht auf Leben in Freiheit und Würde – die Linke anknüpfen sollte. Im Nahostforum versuchen wir, die Debatte in diesem Sinne wieder aufzunehmen. Dabei geht es in einem ersten Schritt um den Versuch, die Situation der linken und emanzipatorischen Kräfte auf „beiden Seiten“ zu begreifen. Wir wollen zeigen, dass diese „beiden Seiten“ nicht rassistisch, sondern sozial definiert sind. Nur wenn das gelingt, können wir als Linke angesichts der imperialistischen Eskalation wieder handlungsfähig werden.

? Um die Palästina-Solidarität ist es in

den letzten Jahren still geworden. Umgekehrt gibt es in der Linken eine Diskussion über Antisemitismus, die sich deutlich von der alten Palästina-Solidarität distanziert. Wie positioniert sich das Nahostforum in diesem Kontext?

Wer sich aus linker Perspektive zu Israel und Palästina äussern will, muss sich klar gegen den Antisemitismus stellen. Schliesslich haben wir in den letzten Jahren eine früher für unmöglich gehaltenen Offensive des Antisemitismus feststellen müssen, der wir bestürzend ohnmächtig gegenüberstanden. Ein Bundesrat fühlte sich von jüdischen Kreisen erpresst; die Neue Zürcher Zeitung führt noch heute ihre Kampagne gegen das Trinkgeld von zwei Milliarden Franken, mit welchem sich die Bourgeoisie mit Steuergeldern von ihrer Ausschwitzpraxis freikaufen will; der nationalistische Mob giert dumpf nach „Rache“. Die Konsequenz muss unter anderem sein, dass wir Unterstützung zurückweisen, wenn sie von „der falschen Seite“ kommt. Wir müssen jeden gedanklichen und praktischen Schritt der Solidarität mit den palästinensischen KämpferInnen gegen antisemitische Manipulation absichern. Der Kampf gegen den Antisemitismus – auch in der Linken – steht also auf der Tagesordnung. Wer dabei allerdings zuerst gegen die PalästinenserInnen – und damit auch gegen die antiimperialistische Linke – agitiert, und diese Agitation mit der Behauptung untermauert, dass Antizionismus in der Essenz schon Antisemitismus sei, argumentiert rassistisch. Es ist eine Sache, dass aus dem antisemitischen Europa viele Shoa-Überlebende nach Palästina geflüchtet sind. Eine andere Sache ist es, dass die zionistische Politik Israel als eine rassistisch organisierte Zitadelle des Abendlandes im arabischen Trikont aufbaute. Auch die Besiedlungs- und Bantustanpolitik des Os-

Deutsche Hilfe bei Israels Nuklearrüstung

Während der deutsche Kanzler Gerhard Schröder durch die Krisenzone Nah-Ost tingelte und „eher pastoral denn politisch“ (*Spiegel*-Kommentar) an Israelis wie Palästinenser appellierte, die Gewalt zu beenden, empörten sich arabische Medien über einen anderen Bericht des *Spiegel*, wonach „die deutsche Regierung mit finanzieller und technischer Hilfe Israel beim Aufbau einer nuklearen Zweitschlagkapazität gegen eine möglichen arabischen Nukleargriff unterstützt.“ („Israel's new German subs to be equipped for firing nukes“, MIDDLE EAST NEWSLINE, Monday, October 30, 2000)

In der Tat hatte *Der Spiegel* am 18. Juni 2000 berichtet, dass „Israel von zwei aus Deutschland gelieferten U-Booten aus Marschflugkörper abgefeuert werden können.“ Demnach sei Israel neben den USA und Russland nun das dritte Land, das Atomwaffen von U-Booten starten könne. Zu den Tests seien zwei der insgesamt drei U-Boote des Typs „Dolphin“ verwendet worden, die von Deutschland finanziert und gebaut worden seien. Diese Nachricht hatte der *Spiegel* jedoch einem Bericht der britischen Zeitung *The Sunday Times* entnommen, die sich wiederum auf Quellen im israelischen Verteidigungsministerium berief. Demnach fanden die Tests mit den Marschflugkörpern im Mai 2000 in der Nähe von Sri Lanka statt. Die Cruise Missiles hätten Seeziele in 1500 Kilometer Entfernung getroffen. Sie seien mit konventionellen Sprengköpfen bewaffnet gewesen.

Obwohl Israel niemals offiziell zugegeben hat, über Atomwaffen zu verfügen, kann davon ausgegangen werden, dass der Staat über 100 bis 200 Atomsprengköpfe verfüge. Arabische Schätzungen liegen sogar noch höher. Die israelischen Marschflugkörper könnten mit Atomwaffen bestückt werden. Dabei handele es sich um Sprengköpfe mit einem Gewicht von 200 Kilogramm, in denen jeweils sechs Kilogramm Plutonium enthalten seien. Die erfolgreichen Tests würden zweifellos die Nachbarn Israels beunruhigen, schreibt *The Sunday Times*. Israel fühle sich vor allem durch mögliche iranische Atomwaffen bedroht. Die Tests seien aber auch peinlich für die deutsche Regierung, weil diese die drei Delfin-U-Boote finanziert habe. Die Möglichkeit einer Stationierung von Atomwaffen auf den U-Booten deutscher Herkunft ergänze die schon vorhandenen Flugzeuge und die auf dem Boden stationierten mobilen Raketen-Abschussbasen. Die Nutzung der U-Boote als Basis für atomtaugliche Raketen sei von Experten zwar seit langem vermutet worden, jedoch sei nicht damit gerechnet worden, dass dies so rasch passiere. Das dritte der aus Deutschland kommenden U-Boote werde erst in Kürze in Dienst gestellt, hieß es im *Spiegel*-bericht vom Juni dieses Jahres. (Quelle *Der Spiegel*: „Israel testet erfolgreich atomtaugliche Marschflugkörper, 18. Juni 2000, – online) – Letzte Woche ist nun das Dritte Boot der Delfin-Klasse, von denen jedes 300 Millionen kostet, in Israel angekommen.

Rainer Rupp

loer „Friedensprozesses“ ist Ausdruck dieser Politik. Den von dieser Politik Betroffenen – in erster Linie den palästinensischen Unterklassen also – das Recht auf Widerstand abzusprechen und diesen Widerstand als antisemitisch zu denunzieren, spricht im besten Fall Bände über linksmetropolitane Unsensibilität und Arroganz gegenüber den als „Randvölkern“ begriffenen Menschen. Soll sich die Fellachenfamilie in künstlich erzeugten Wassermangel schicken, weil Saradoz, Züblin und Ems-Chemie sich etwa der IG Farben anschlossen, welche Millionen von Menschenleben für ihre unternehmerischen Innovationen vernichtete? So geht es nicht.

Daran ändert auch der Rassismus arabischer Kräfte nichts. Während Jahrzehnten wurde die zionistische Gleichsetzung der Juden mit dem Staat Israel als besonders geschichtsverarbeitende Leistung verkauft – gegen die Kritik auch der israelischen Linken. Wenn die palästinensischen Opfer der israelischen Armee diese Propaganda nun eins zu eins übernehmen, wird schockiert Entsetzten ob der „antisemitischen“ Barbarei gemimt. Ich rede von den Opfern, nicht den arabischen Weltmarktellen, denen der

antijüdische Rassismus schon immer ein beliebtes Mittel der Herrschaftssicherung war.

Rassismus ist verheerend und reaktionär – auch auf Seite der Unterdrückten. Er ist aber nicht einfach identisch mit dem hiesigen Antisemitismus. Das zu behaupten hieße, die Mörder und ihre feige Mitläuferschaft billig aus der weiteren Verantwortung zu entlassen. Natürlich können wir nicht akzeptieren, wenn an Demonstrationen wie in Zürich und Bern von arabischen Kräften der Moschee „Tod den Juden“ geschrien wird. Wir haben aber auch die Verpflichtung, unsere Position den arabischen MigrantInnen hier begreiflich zu machen oder dies zumindest zu versuchen. (...) Wie weit diese Vermittlung gelingt, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Deshalb ist es ja so zentral, palästinensische, israelische und hiesige linke Kräfte in der Diskussion zusammen zu bringen.

? Du kommst aus der Zentralamerika-Solidarität. Du hast dich in den letzten Jahren wiederholt mit Friedensprozesse auseinandergesetzt. Hat die neue Intifada, die sich ja auch gegen die durch den Osloer Friedensprozess geschaffenen

Fakten richtet, eine über den palästinensisch-israelischen Konflikt hinausgehende Bedeutung?

Ich denke schon. Sie besteht im sozialen Aufstand gegen das imperialistisch/rassistisch organisierte Verwertungsgefälle, der Schaffung relativ privilegierter Hightechkernzonen mit angeschlossener Hungerarbeitskraft und Agrarexporten. Dass dieses Verwertungsgefälle auch innerhalb Israels wirksam ist, zeigen der Widerstand der israelischen AraberInnen und – leider „verkehrt“ – die offenbar besondere Mobilisierungsfähigkeit armer Jüdinnen und Juden aus Osteuropa und den arabischen Ländern für die rechte Hetze in Israel. Letzteres widerspiegelt das alte Phänomen: Sich selber nahe den Underdogs wissend, wird um so rassistischer getreten, eben um sich doch noch abzusichern.

Das Friedenskonzept der NATO für den Balkan ist nicht grundverschieden: rassistisch aufgesplittete, unterschiedlich am Reichtum beteiligte Arbeitsmärkte, stellen den Kern des sogenannten Stabilitätspaktes für Südosteuropa dar. Ähnliche Szenarien werden im Kaukasus vorangetrieben, unter Vernutzung der russischen Schlachtereien in Tschetschenien. Der von den US-Multis gepushte Plan Kolumbien, der ja auch als Friedensdeal propagiert wird, zielt im sozioökonomischen Kern auf eine Rekolonialisierung indigener und kleinbäuerlicher Menschen für den Agrarexport. Ein weiteres Beispiel wäre die auch von der Schweizer Exportrisikogarantie mitgetragene Befriedungskonzeption für Kurdistan: Staudämme für Herrschaft, Verwertung kurdischer Arbeitskraft in Exportzonen. Die Friedensprozesse in Zentralamerika haben mit diesem Phänomen zu tun. Nicht zufällig sind dort aktuell die Maquilas, die sogenannten „Freien Weltmarktproduktionszonen“ mit besonders menschenfeindlichem Arbeitsregime am Explodieren. Nicht umsonst wird gerade eine weitere Phase des Angriffs auf die materielle Eigenständigkeit der Völker und Klassen über WTO-Normen für Gentechsaatgut und forcierte Agrarexporte eingeläutet.

In diesen Friedensprozessen ist entscheidend, wie stark die Linke ist. Je schwächer sie ist, desto mehr wird das Bedürfnis nach Frieden für eine „neue“ internationale Arbeitsteilung samt strukturellem Morden pervertiert. Umgekehrt kann eine reale Stärke der Linken von Beginn weg Momente in den Verhandlungsprozesse einbringen, welche der Vernutzungslogik fremd sind. Und sie kann – wie in El Salvador – den aufflammenden sozialen Widerstand stärken und sein Abgleiten in neue, rassistisch oder religiös begründete Herrschaftsmodelle verhindern. Deshalb ist es so wichtig, heute die palästinensische und israelische Linke zu stärken.

Quelle: Vorwärts 43/2000; Zeitung der Partei der Arbeit der Schweiz)

Jugoslawien: Neue Regierung steht vorerst

Seit Sonnabend hat Jugoslawien eine neue Bundesregierung. Zoran Zizic, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Volkspartei Montenegros (SNP), ist deren Ministerpräsident. Wer Zizic unmittelbar nach den Wahlen am 24. September als Nachfolger seines Parteichefs Momir Bulatovic für dieses Amt ins Gespräch gebracht hätte, wäre wohl mit einem mitleidigen Lächeln beschieden worden. Doch Ministerpräsident muss laut Verfassung, wenn der Präsident ein Serbe ist, nun mal ein Montenegriner sein. Präsident Kostunicas DOS war also auf die Kooperationsbereitschaft der SNP angewiesen.

Zoran Zizic, Sohn eines bekannten Partisanen und späteren Verfassungsrichters Montenegros, hatte sich lange Zeit aus der Politik herausgehalten. 1951 im damaligen Titograd (heute Podgorica) geboren, studierte er in Belgrad Jura und brachte es bis zum Professor an der juristischen Fakultät der Universität seiner Heimatstadt. Erst 1989, nach Einführung des Mehrparteiensystems, tauchte der Vater zweier Kinder auf der politischen Bühne auf. Er wurde in der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) aktiv, die aus dem Bund der Kommunisten hervorgegangen war. Sieben Jahre lang war er Stellvertreter des montenegrinischen Ministerpräsidenten (des jetzigen Präsidenten Mile Djukanovic), dann stellvertretender Parlamentspräsident der Republik. Als es 1997 zur Spaltung der DPS und zur Bildung der SNP kam, wurde er stellvertretender Vorsitzender der neuen Partei, was ihn in den Augen Djukanovics und seiner DPS zum Anhänger Slobodan Milosevics machte.

Tatsächlich sieht Zizic eine reale Zukunft für Montenegro nur im Bund mit Serbien. Schon im März 1997 erklärte er, die Überwindung der außenpolitischen Isolation, die Aufhebung der Sanktionen, die volle Gleichberechtigung der Republiken Montenegro und Serbien und die demokratische Entwicklung des Landes seien die wichtigsten Voraussetzungen für die Zukunft der Bundesrepublik Jugoslawien.

Über die Regierungsbildung sprach er mit allen im Parlament vertretenen Parteien.

Auch die in Montenegro regierende Koalition, die auf Unabhängigkeit setzt und die September-Wahl nicht anerkennt, forderte er zur Mitarbeit auf – allerdings ohne Erfolg. Dafür gelang es ihm, die noch im Wahlkampf mit der SNP verbündete Sozialistische Partei Serbiens (SPS) zum Verzicht auf eine Regierungsbeteiligung zu bewegen. Für Zizic gilt der Grundsatz, dass Interessen von Parteien oder Einzelnen hinter denen des Landes zurückstehen müssen.

Zusammenstellung: hav



Rumänien:

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Droht ein Militärputsch?

Am 26. November finden in Rumänien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Der bisherige Präsident Emil Constantinescu, 1996 mit massiver Propaganda-Unterstützung der EU in das Amt gebracht, traute sich für einen zweiten Wahlgang nicht mehr vor die Wähler. Drei Regierungen lösten sich in der Amtszeit des Präsidenten nacheinander auf. Die soziale Lage wurde immer brutaler für die Mehrheit der Bevölkerung. Schattenwirtschaft, Diebstahl und Verwertung von Resten persönlichen Hab und Guts bilden für viele einen letzten Ausweg im täglichen Überlebenskampf. Zigtausende fliehen aus den Städten, wo die Industriekombinate ihre Tore schliessen aufs Land. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung kletterte in den letzten zehn Jahren von 29 auf 37%. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt 13%. Niemand glaubt aber den amtlichen Statistiken. Wahrscheinlich neuer Präsident wird ein alter sein, Ion Iliescu, Vorgänger von Constantinescu hat hier die grössten Aussichten. Seine Gegenspieler sind der amtierende Ministerpräsident Isarescu und der ehemalige Ministerpräsident Stolojan. Letztere hat jetzt einen Posten beim IWF, ersterer war als Gouverneur der rumänischen Notenbank ebenfalls bestens mit der internationalen Bankenwelt vertraut. Aus diesem Grund sind beide bei der Bevölkerung nicht sonderlich beliebt, wird doch den Treiben der internationalen Finanzorganisationen eine grosse Mitschuld an dem sozialen Desaster in Rumänien gegeben. Kurz vor den Wahlen erschüttert nun ein neuer Skandal das Land.

Die in Bukarest in englischer Sprache erscheinende Zeitung *Nine o'Clock* hat im Rückblick auf die letzten Tage einem Kommentar den Titel „Die Woche der Generäle“ gegeben. Tatsächlich hatten die Entlassung von Generalstabschef Mircea Chelaru und die gleich hernach bekannt gewordene und unter Chelarus massgeblicher Mitwirkung erfolgte Gründung einer Vereinigung, die sich „Nationaler Militär-Verband Rumäniens“ nennt, die Themen der gegenwärtig abrollenden Wahlkampagne für eine Weile von den Vorderseiten der Zeitungen verdrängt. Chelaru hatte wegen unhaltbarer politi-

scher Stellungnahmen seinen Rücktritt nehmen müssen. Zitiert werden von ihm etwa Äußerungen, mafiose Gruppen gefährdeten die nationale Sicherheit, sie suchten autonome Gebiete und Enklaven zu schaffen – die Angaben wurden auf die Dobrudscha und das Szeklerland bezogen – und falls diese Tendenz sich fortsetze, werde die Armee in einem Ausnahme- oder Belagerungszustand grössere Verantwortung übernehmen müssen. Besondere Unruhe erweckte dabei die bald ebenfalls bekannt gewordene Tatsache, dass die ANMR gemäss ihrer Gründungsurkunde einen ähnlichen inneren Aufbau haben sollte wie eine Regierung, das heisst Abteilungen für Verteidigung, innere Sicherheit, aber auch für Wirtschaft, Industrie, Erziehung, Kultur, Gesundheit und Soziales. Angesichts dieser geplanten parallelen staatlichen Struktur brauchte es nur noch einen Schritt zur Schlussfolgerung, die etliche rumänische Zeitungen offen aussprachen, dass das Militärs einen Putsch vorbereiten wollten. In einzelnen Pressekommentaren war von Verschwörung oder zumindest von der Schaffung unnötiger Spannungen in der Gesellschaft die Rede.

Ähnliche harte Töne schlug beispielsweise auch der Vizepräsident der Partei der Sozialen Demokratie, Adrian Nastase, an, der gute Aussichten hat, nach den Parlamentswahlen Ende November der nächste Regierungschef zu sein. Eine solche Organisation der Generäle, so sagte er, wäre nur dann nützlich, wenn Rumänien die Einführung einer Militärdiktatur planen sollte. Innenminister Dudu Ionescu kündigte mittlerweile an, dass er dem gesamten ihm unterstehenden Personal untersagt habe, dem Verband beizutreten. Auch das Verteidigungsministerium sprach für aktive Soldaten ein Verbot aus, Mitglieder der ANMR zu sein, und die vier Offiziere, die bei der Gründung mit dabei waren, wurden suspendiert. Die Leiter der ANMR, die beteuern, sie hätten lediglich eine NGO, eine Nichtregierungsorganisation, ins Leben gerufen, gaben ihrerseits bekannt, sie wollten einstweilen keine Mitglieder mehr aufnehmen und ihre Statuten überprüfen.

MÜNCHEN. An der vom Bayer. Flüchtlingsrat initiierten Aktion gegen Errichtung eines Hochsicherheitstraktes für Flüchtlinge beteiligten sich Ende Oktober etwa 150 Menschen. (Bild) Die Gemeinschaftsunterkunft für bis zu 500 AsylbewerberInnen in München-Riem wird derzeit rund um die Uhr von drei Mitarbeitern eines privaten Sicherheitsdienstes bewacht. BewohnerInnen werden nur noch gegen Vorlage ihrer Papiere ein- oder ausgelassen, selbst wenn sie der Wachmannschaft längst bekannt sind. Wachleute notieren Daten der BesucherInnen, die alle an der Pforte ihren Ausweis hinterlassen müssen. Diese Regelung gilt selbst für Angehörige des ärztlichen Notfalldienstes! Die Regierung von Oberbayern lässt sich diese schikanöse Behandlung eine Million DM pro Jahr kosten. Grund dafür ist u.a. die Unterbringung von einigen Flüchtlingen, die abgeschoben werden sollen. Tatsächlich soll eine Unterkunft der neuen Generation entstehen, wie es sie schon im brandenburgischen Eisenhüttenstadt gibt: Gemeinschaftsunterkunft, Abschiebeknast und Aufnahmeabteilung in einem Gebäude. *mlb*



Hochschulrahmengesetz zugunsten der ASTen ändern!

MÜNSTER. Ende Oktober fand in den Räumen der ESG die 2. bundesweite Vollversammlung des Bündnisses für Politik- und Meinungsfreiheit statt. Dort wurden diverse Initiativen zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes diskutiert. Vor allem geht es um die Paragraphen 3 und 41, die die Befugnisse der Verfassten Studierendenschaft betreffen. „Die zahlreichen Klageverfahren gegen Studierendenvertretungen in den letzten Jahren machen eine Gesetzesänderung im HRG notwendig. Wenn ASTen sich schon nicht mehr gegen Rechtsradikalismus aussprechen dürfen, ohne befürchten zu müssen, von rechtskonservativen bis rechtsradikalischen Studenten vor die Verwaltungsgerichte gezerrt zu werden, dann stimmt etwas nicht“, so ein Sprecher der Tagung. Deshalb sollen die ASTen mit einer deutlichen Erweiterung ihrer Kompetenz ausgestattet werden und Rechtssicherheit im täglichen politischen Handeln erhalten. Getragen wird das Bündnis von 50 Studierendenvertretungen, Gewerkschaftsgruppen, Bundes- und Landeschüler/innenvertretungen sowie dem Wissenschaftsverband Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) und zahlreichen politischen Hochschulgruppen. www.studis.de/pm/pe

SchülerInnen protestieren gegen Abschiebung nach Bosnien

MANNHEIM. Ca. 150 Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Mannheim-Vogelstang demonstrierten am 18. Oktober vom Marktplatz zum Mannheimer Rathaus. Sie übergaben dort dem Persönlichen Referenten von OB Widder 1.700 Unterschriften unter der Forderung nach Bleiberecht für die Familie Krstanovic, deren Kinder nach Bosnien abgeschoben werden sollen. 8 Tage später gingen auf einer Solidaritätsveranstaltung nochmals 300 Unterschriften ein. Der OB hat inzwischen

schon die Abschiebung ausgesetzt und den Duldungsstatus von Marija, die ins Gymnasium geht, und Vasilije, der im Juni sein Abitur gemacht hat und jetzt Elektrotechnik studiert, bis zum 30. November verlängert. In dieser Zeit will er den Fall noch einmal überprüfen. Besonders absurd ist das, was von Vasilije Krstanovic verlangt wird. Ihm fehlt eine Vorabzustimmung des Mannheimer Ordnungsamtes, dass er in Deutschland studieren kann. Nun hat man ihm gesagt, er solle nach Sarajevo gehen und dort die Vorabzustimmung beantragen, die sie ihm hier verweigern. Das Mannheimer Bündnis gegen Abschiebung und die Initiativegruppe des Geschwister-Scholl-Gymnasiums setzen sich für das dauerhafte Bleiberecht für alle Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ein, das ihnen auch eine Einbürgerung ermöglicht. *kim*

Kundgebung vor dem türkischen Konsulat zum Gedenken an Ronahi

HAMBURG. Am 23. Oktober fand vor dem Konsulat der Türkischen Republik eine Kundgebung (Bild) zum Gedenken an Ronahi – Andrea Wolf statt, die vor zwei Jahren in den kurdischen Bergen von türkischen Soldaten im Gefecht gegen die PKK gefangen genommen, brutal gefoltert und anschließend kaltblütig ermordet wurde. Die Mutter von Andrea hat ebenso wie die zur Aufklärung der Todesumstände gebildete Internationale Untersuchungskommission inzwischen Strafanzeige gestellt gegen die türkische



Armee. Die Kundgebungsteilnehmer verbanden ihr Gedenken mit der Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen und machten auf den Kampf gegen die Einführung von Isolationszellen in türkischen Gefängnissen aufmerksam. Sie berichteten von zwei Gefangenen in Lübeck, Rainer Dittich und Mehmet Karse, die am 23. Oktober einen 5-tägigen Solidaritätshungerstreik gegen diese Politik begannen. *lbh*

Am 16. November: Prozess über die Zukunft der FREIen HEIDE

WITTSTOCK/BERLIN. Am 16. November wird zum dritten und letzten Mal über die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide durch die Bundeswehr vor dem Bundesverwaltungsgericht Frankfurt/Oder am 24. März 1999 eine Bestätigung des Potsdamer Urteils, sogar unter Ausschluss eines Revisionsrechts. Dagegen legte der Bund Beschwerde ein, die nun vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt wird. Scharping, der vor der Bundestagswahl 1994 noch zusicherte, bei ausreichender Mehrheit im Bundestag auf die Nutzung zu verzichten, behauptet jetzt, der Truppenübungsplatz Wittstock biete als einziger deutscher Bombenabwurfplatz geeignete Ausbildungsmöglichkeiten für KKR-Einheiten und sei deshalb für die Bundeswehr unverzichtbar. Um das militärische Interesse zu unterstreichen, wurde sogar unmittelbar vor dem Prozess am 16. November ein Manöver mit rund 1000 Soldaten angesetzt, das allerdings wieder abgesagt wurde. Die BI FREIe HEIDE ruft zur Beteiligung am Prozess (Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 31, Raum 301/302, 10 Uhr) auf und bereitet begleitende Aufklärungsaktionen vor. www.nadir.org

DGB Bayern unterstützt Klagen – Landeserziehungsgeld für alle!

MÜNCHEN. Der DGB Bayern begrüßte die jüngste Entscheidung des bayerischen Kabinetts, das Landeserziehungsgeld auch an Drittstaatsangehörige zu zahlen. Damit haben die Proteste der Gewerkschaft und der Landtagsopposition endlich etwas bewirkt. Die Regelung gilt aber erst ab 2003. Bis dahin bleibt es dabei, dass nur Deutsche und EU-Bürger die Unterstützung bekommen. Der DGB Bayern bekräftigt deshalb, dass die bereits anhängigen Klagen vor dem Landessozialgericht nicht zurückgezogen werden. „In diesen und in den bis 2003 neu entstehen den Fällen wird der DGB Bayern den ausländischen Gewerkschaftsmitgliedern mit seinem Rechtsschutz zur Seite stehen.“ baf

„Die Politik zivilisieren!“ 7. Friedensratschlag am 2./3. Dez.

KASSEL. Das vorläufige Programm rankt sich um die Themen „Kriegsursachen analysieren – Kriegsvorbereitungen stoppen – Friedensbedingungen verbessern“, zu denen jeweils nach den Plenarvorträgen sieben Arbeitsgruppen und Gesprächskreise mit Fachleuten stattfinden werden.

•2. Dez., 12.30 Uhr: Plenarvortrag „Kriege sind gut für die Wirtschaft“, Prof. Dr. Maria Mies, Köln. •15.15 Uhr: „Der Hang zum Interventionismus – Die zunehmende Militarisierung der Welt“, Tobias Pflüger, IMI Tübingen. •19 Uhr: Internationales Forum „Europa rüstet für den Krieg – Mobilisieren wir für den Frieden!“ •3. Dez. 9 Uhr: „Kriege vermeiden – Friedenschancen nutzen – Friedensbedingungen verbessern“, Heinz Loquai, Brigadegeneral a.D. •12 Uhr: Podiumsdiskussion „Den Krieg ächten – für den Frieden werben“.

Das ausführliche Programm und die Anmeldungsunterlagen sind zu finden unter: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/



Vom 6. bis 8. Dez. Aktionen in Nizza

Gegen die unsoziale EU-Grundrechtscharta, die die Regierungschefs am 7./8. Dezember in Nizza proklamieren wollen, ruft das Netzwerk der *Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung* zu vielfältigen Aktionen auf. Nach der europäischen Demonstration des EGB am 6. Dezember ab 14 Uhr, in der die Europäischen Märsche mit einem eigenen Block präsent sein werden, findet ab 17.30 Uhr ein Straßenforum statt. Von hier aus soll die friedliche Besetzung von Nizza beginnen, in einem Klima der Debatte und des Feierns. Am 7. und 8. Dezember finden neben Demonstrationen zahlreiche Aktionen und Feste sowie Gegengipfel statt. Detailinfos und Kontaktadressen bei: www.euromarches.org

Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan: Nur eine Legitimation für den Terror der Mullahs?

Die Ende Oktober vereinbarte erste deutsch-iranische Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan stößt auf Kritik von ExiliranerInnen und politischen Gruppen.

„Glaubt der Freiburger Gemeinderat ernsthaft, durch eine Städtepartnerschaft auf kommunaler Ebene in einen „kritischen Dialog“ eintreten zu können, an dessen Ende die Reform des Islamischen Strafrechts steht?“ kommentierte die Regionalgruppe Südbaden des „Wissenschaftlich-humanitären Komitees“ (whk) die Städteverbindung, die am 27. Oktober von Bürgermeister Ali Mohammad Javadi aus Isfahan und Oberbürgermeister Rolf Böhme (SPD) im Freiburger Rathaus begründet wurde. Als vorrangige Ziele wurde der Kontakt zwischen den BürgerInnen, ein Erfahrungsaustausch in der Stadtentwicklung, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene, kulturelle Kooperationen und der Austausch zwischen den Universitäten und Hochschulen vereinbart.

Dass bei der frisch gebackenen Partnerschaft vor allem wirtschaftliche Interessen im Zentrum stehen, die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik jedoch ausgeklammert und dadurch legitimiert werden, wird nicht nur vom whk kritisiert. Es war sicher kein Zufall, dass bei dem dreitägigen Besuch der iranischen Delegation im Schwarzwald zwar konkrete Vorhaben zur Solarnutzung und zum Bau von Stadtbahnlinien in der Anderthalb-Millionenstadt Isfahan auf der Tagesordnung standen, nicht aber Begegnungen mit Menschenrechtsorganisationen oder ExiliranerInnen. In die „inneren politischen Angelegenheiten“ des Irans wolle man sich nicht einmischen, erklärte denn auch OB Böhme am Freitag vor JournalistInnen. Auch Bürgermeister Javadi wollte sich im Freiburger Rathaus nicht näher zum iranischen Reformprozess äußern: als ein vom Stadtrat gewähltes Organ habe sein Amt keine politische Kompetenz, erklärte er. Doch „als Iraner“ unterstütze er die von Staatspräsident Khatami geförderten Reformen.

Eine zu unterstützende Demokratisierung gebe es in der Mullah-Republik nicht, denn die „so genannten Reformer um Khatami sind die ehemaligen Folter“, erklärten Freiburger ExiliranerInnen am Rande der Vereinbarung. Khatami sei der Repräsentant eines repressiven Mullah-Regimes. Einer Partnerschaft mit einem Land, das politische Gefangene foltert und Menschenrechte missachtet, könnten sie nichts Positives abgewinnen. Auch das „Klara Komitee 8.März“, eine internationale Gruppe von deutschen Frauen und Exiliranerinnen in Freiburg, lehnt das Abkommen mit Hinweis auf die gravierenden Menschen-

rechtsverletzungen im Iran ab. Die Ortsgruppe der „Sozialistischen Alternative Voran“ (SAV) hält ebenfalls nichts von der Vereinbarung. „Das Regime von Isfahan und die von ihm entsandte Delegation sind keine legitimen VertreterInnen der Bevölkerung“, heisst es in einer Pressemitteilung der SAV. Statt mit der Delegation zu sprechen, solle Freiburg freundschaftliche Kontakte mit demokratischen Exilorganisationen der IranerInnen aufnehmen, fordert die Partei.

Im Freiburger Gemeinderat votierten am 17. Oktober sieben StadträtInnen der CDU, FDP und der Linken Liste/Unabhängige Frauen gegen die Städtepartnerschaft, konnten sich mit ihren Argumenten jedoch nicht durchsetzen. Das Ansinnen, endlich eine reguläre Städtepartnerschaft mit der nicaraguanischen Stadt Wiwili einzugehen, wird seit Jahren mit dem Hinweis auf fehlende Gelder und mit der großen Zahl von acht bestehenden Städtepartnerschaften abgewiesen, kritisierte Hendrikk Guzzoni, Stadtrat der Linken Liste. „Wäre es nicht ein ausgesprochen falsches Signal, eine Städtepartnerschaft einzugehen mit einer Stadt, in der Ehebruch mit dem Tode bestraft wird, Homosexualität verboten ist, und Schwule, die beim gleichgeschlechtlichen Sex erwischt werden, Gefahrlaufen, gesteinigt zu werden?“ so Guzzoni.

Der Freiburger Ausländerbeirat begrüßte nach kontroverser Diskussion die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zur alten Kaiserstadt im persischen Hochland. Er erwartet jedoch, dass in erster Linie menschliche und politische Beziehungen intensiviert werden, die die „Liberalisierung von Gesellschaft und Rechtspolitik“ befördern. An der Planung der Partnerschaft war der Ausländerbeirat bislang nicht beteiligt. Er hatte aus der Zeitung davon erfahren.

Martin Höxtermann



In 17 Städten der BRD führten iranische Flüchtlinge im Oktober Sitzstreiks gegen die Abschiebep Praxis der Bundesregierung durch. Mit Kundgebungen (Bild: Hamburg), machten sie auf die Situation der Flüchtlinge und die falsche Iran-Berichterstattung in der Presse aufmerksam

Stress bei der Arbeit macht krank!

Arbeitsunfälle durch Stress und Zeitdruck nehmen zu. Zwar geht die Zahl der schweren Arbeitsunfälle insgesamt zurück, aber die Zahl der nicht meldepflichtigen, leichteren Unfälle steigt seit Jahren an und lag 1998 erstmals über der Zahl der meldepflichtigen Unfälle.

Arbeitsunfälle in der gewerblichen Wirtschaft

	meldepflichtig	nicht meldepflichtig
1991	1580	1084
1992	1623	1155
1993	1511	1072
1994	1489	1136
1995	1415	1197
1996	1266	1161
1997	1222	1188
1998	1199	1213

(in Millionen; Quelle: HVBG)

Diese Tendenz dürfte auch mit dem zunehmenden Arbeits- und Zeitdruck zusammenhängen. „Eine Ursache der Zunahme nicht meldepflichtiger, leichter Arbeitsunfälle kann darin liegen, dass Stress, Zeit- und Arbeitsdruck zu Unachtsamkeit und damit eher zu Verletzungen und kleinen Unfällen bei der Arbeit führen. Dafür spricht auch, dass solche Unfälle nachweisbar gegen Ende der Arbeitswoche und vor allem bei Wochenendarbeit zunehmen.“ (Klaus Pickshauss, IG Metall)

Beispiel VW in Kassel: Eine ganze Reihe schwerer und leichter Arbeitsunfälle wurden in den letzten Monaten bei VW in Kassel-Baunatal registriert. Sicherheitsvorschriften wurden umgangen. Überbrückungsschalter wurden manipuliert, um bei laufendem Betrieb in Anlagen eingreifen zu können. Ein Kollege ging in der Spätschicht den verbotenen Weg über den Presstisch, um eine Störung zu beseitigen, wurde dabei von einem Blech erfasst und schwer verletzt, als sich das Förderband in Bewegung setzte. Ein anderer Kollege betätigte, wiederum in der Spätschicht, den Notschalter, um das Rollenband anzuhalten, an dem er eine defekte Kette wechseln wollte. Das Band setzte sich aber in Bewegung, der kleine Finger des Kollegen wurde zwischen Kette und Ritzel gezogen, zwei Endglieder mussten amputiert werden. Der Kollege hatte in der Eile den falschen Schalter gedrückt. Solche Fehler könne nicht den Einzelnen angelastet werden, sagt Betriebsrat Jürgen Stumpf. Es liegt am Stress: Konkurrenz unter den Schichten, zusätzliche Arbeiten, wie z.B. Dokumentationen schreiben, kurze Umrüstzeiten, permanente Erhöhung der Stückzahlen, mehr Arbeitsdruck für weniger Personal – das sind die Unfallurachen. – Die Süddeutsche Metall-BG will jetzt den Zusammenhang zwischen Zeitdruck und Arbeitsunfallentwicklung auswerten.

Forum Gesundheit – Eine Initiative des DGB Bayern und des Bildungswerkes Bayern über <http://home.t-online.de/home/lorenz.ganterer>

Die internationalen Kämpfe der Arbeiterbewegung zwangen in den letzten 150 Jahren das Kapital auf den Weg der Hebung der Profite durch Steigerung des relativen Mehrwerts. Das Kapital machte Zugeständnisse in den Punkten Entlohnung, Dauer der Arbeitszeit, Intensität der Arbeit, Unfallsicherheit durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wett. Nun mehrten sich die Anzeichen, dass in der Marktwirtschaft die Methoden zur Gewinnung des absoluten Mehrwerts verstärkt um sich greifen. Arbeit ohne Ende, ohne auskömmlichen Lohn, ohne Rücksicht auf die Gesundheit und die Unfallgefahr, ohne Respekt vor dem Menschenrecht auf würdiges Altern und ausreichende Möglichkeit, Kinder großzuziehen, wird wuchernder Teil der Normalität. Aufmerksamkeit für diese Prozesse ist die erste Voraussetzung zur Entwicklung von Gegenwehr.

DGB Forum „Soziale Lage und Gesundheit“ zeigt Zusammenhänge und Lösungsansätze

Arme Kinder sind kränker!

Der DGB Landesbezirk Bayern und das DGB Bildungswerk Bayern e.V. diskutierten am 9. Oktober 2000 mit Politikern, Wissenschaftlern, Akteuren aus dem Sozial- und Gesundheitswesen und Gewerkschaftsfunktionären die Auswirkungen der sozialen Lage auf die Gesundheit, speziell in Bayern.

Klaus Dittrich, stellv. DGB Landesbezirkvorsitzender, forderte in seiner Einführung, „dass alle Menschen unabhängig von Ausbildung, beruflichem Status und Einkommen die gleiche Chance haben sollten, gesund zu bleiben beziehungsweise zu werden“. Das Forum „So-

ziale Lage und Gesundheit“ sollte einen Beitrag leisten, „konkrete und umsetzbare Vorschläge, die dazu beitragen können, dieses Ziel so weit wie möglich zu erreichen“, zu finden oder anzustreben.

Dr. Andreas Mielck, GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit GmbH, konnte anhand einer Reihe an Forschungsergebnissen nachweisen, dass die gesundheitliche Lage des Einzelnen in Abhängigkeit seiner sozialen Lage steht.

Ärmere sterben früher

Eine Studie hat für männliche Angestellte gezeigt, dass Männer in der unteren Einkommensgruppe eine fast doppelt so hohe Mortalität (Sterblichkeit) aufweisen wie Männer in der oberen Einkommensgruppe. (Tabelle 1)

Eine weitere Studie ergab, dass die Lebenserwartung ab dem 65. Lebensjahr in der unteren Einkommensgruppe erheb-



Notfallpraxis mit Tendenz zur Allgemeinversorgung

Rund um die Uhr ?

Im Augsburger Krankenhaus Vincentinum soll der Ärztliche Notdienst ab nächstem Jahr jeden Abend erreichbar sein, nicht nur wie bisher am Wochenende und an Feiertagen. Was werden die Konsequenzen für die Gesundheitsversorgung in Augsburg sein?

Ab Anfang 2001 soll es in Augsburg unter der Woche einen geregelten ärztlichen Notdienst geben. Damit würde die nächtliche Rufbereitschaft für viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ein Ende haben. Alle hausärztlich tätigen Ärzte, also Allgemeinärzte, praktische Ärzte, hausärztliche Internisten und Kinderärzte könnten dann endlich jede Nacht beruhigt und entspannt schlafen, ohne immer mit einem halben Ohr zuhause auf das Telefon hören zu müssen bzw. bei jedem, auch privaten Telefonanruf die Anspannung zu spüren, es könnte ein Hausbesuch angefordert werden – eine Aufgabe,

die einem mit zunehmendem Alter schwerer fällt. Denn am nächsten Morgen ist ja wieder ein voller Arbeitstag angesagt.

Bisherige Regelung: Bisher haben die Hausärzte nur am Wochenende und am Mittwoch Abend „frei“, ansonsten gilt die „Präsenzpflcht“, d.h., auf Aufforderung sind die Ärzte zur Versorgung ihrer Patienten zu jeder Tages- und Nachtzeit verpflichtet, wenn sie das nicht kollegial untereinander anders regeln.

Seit mehreren Jahren schreibt der Gesetzgeber einen zentral geregelten Notdienst in Großstädten vor. In Augsburg wurden hierfür zunächst ärztliche Notfallpraxen am Wochenende eingerichtet, jeweils in den Praxen der jeweils diensthabenden Ärztinnen und Ärzte. Dies war für die Kranken am Wochenende sehr kompliziert, man musste die jeweilige Praxisadresse über die Tageszeitung oder die Rettungsstelle herausfinden und in jeweils verschiedene Stadtteile fahren.

Hinzu kam für die Anwohner der Praxen eine nicht unerhebliche Lärmbelastung insbesondere an Feiertagen wie Weihnachten und Ostern. Das Ergebnis der früheren Regelung war und ist, dass nach wie vor viele akut Erkrankte am Wochenende in die Notfallambulanz des Zentralklinikums Augsburg gehen.

Das Zentralklinikum möchte dies vermeiden, weil zu Notfallzeiten die Klinik aus allen Nähten platzt. Jeder, der am Wochenende einmal in der Notaufnahme

Einkommen und Mortalität bei männlichen Angestellten **Tabelle 1**

Todesfälle pro 100.000 Personen in der gleichen Einkommensgruppe;
Bruttoeinkommen 1985 (in 1.000 DM)
Einkommensgruppen: 27–34 35–42 43–50 51–58 59–64 >64
Todesfälle: 412 319 239 232 202 190
Versicherte der BfA; Quelle: Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Mielck, 2000

Soziale Schicht und Gesundheit bei Schulkindern **Tabelle 2**

Prävalenz (Angaben in %) Soziale Schicht der Eltern

	1 unten	2	3	4	5 oben	Gesamt
Anteil in der Stichprobe	5,3	38,1	24,2	26,2	6,2	100
allgemein schlechter Gesundheitszustand	16,0	7,0	8,0	5,0	1,0	7,0
Kopfschmerzen	22,0	11,0	13,0	11,0	9,0	12,0
Rückenschmerzen	16,0	10,0	9,0	7,0	7,0	9,0
Nervosität	22,0	12,0	15,0	13,0	8,0	13,0
schlechtes Einschlafen	26,0	17,0	18,0	15,0	16,0	17,0
Hilflosigkeit	14,0	7,0	6,0	5,0	3,0	6,0
Einsamkeit	19,0	14,0	9,0	8,0	9,0	11,0

Stichprobe: 3.328 Schüler (11–15 Jahre) in Nordrhein-Westfalen – Datenbasis: Befragung 1994; Klocke/Hurrelmann – Quelle: Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Mielck, 2000

Landkreise/kreisfr. Städte mit der niedrigsten und höchsten Mortalität 1992–95 **Tabelle 3**

(Standardisierte Sterbeziffern auf dem Altersaufbau in Bayern 1987)

Landkr/Städte	Niedrige Mortalität	Landkr/Städte	Hohe Mortalität
Erlangen/Stadt	898,0	Wunsiedel/Ficht	1283,2
Starnberg	902,0	Tirschenreuth	1196,0
Freising	930,3	Mühlldorf/Inn	1192,3
Würzburg	931,5	Hof, Stadt	1190,3
Schweinf./Stadt	957,4	Regen	1184,4
Fürstentfeldbruck	957,5	Bad Kissingen	1184,0
München/Land	962,0	Kronach	1180,6
Eichstätt	962,2	Straubing, Stadt	1171,5
Kaufbeuren/tadt	963,2	Neustadt/Aisch	1166,9
Augsburg/Land	968,9	Neustadt/Waldn	1155,2
Traunstein	969,3	Dillingen	1153,8

Quelle: Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998
Anforderungen an eine zukunftsorientierte Gesundheitsförderung

lich kürzer ist als in der oberen Einkommensgruppe (2,28 Jahre kürzer bei Männern und 1,86 Jahre kürzer bei Frauen). Auch die Morbidität (Krankheit) ist abhängig von gesellschaftlichen Einflüssen.

In einer schlechteren gesundheitlichen Verfassung befinden sich Alleinerziehende. Andreas Mielck warnte aber eindringlich davor, deswegen diese Lebensform zu diskriminieren. Die Frage, die beantwortet werden muss, heißt „wie können wir diesem Personenkreis helfen?“

Bei einer Befragung von Schülern im Alter zwischen elf und 15 Jahren sind fünf soziale Schichten gebildet worden. Die Schicht-Einteilung beruht dabei auf folgenden Angaben: Bildungsabschluss

und Beruf der Eltern, Urlaubsreisen der Familie im letzten Jahr, eigenes Zimmer für den Schüler. Die Auswertungen zeigen deutlich, dass der Gesundheitszustand in der unteren sozialen Schicht erheblich schlechter ist als in der oberen. Ähnliche Ergebnisse liegen auch für die Zahngesundheit vor. (Tabelle 2)

Die wichtigste Maßnahme für Andreas Mielck wäre die Armut zu verringern. Da dies eine langfristiges Ziel ist, gilt es kurzfristig Belastungen abzubauen und gesundheitliche Ressourcen aufzubauen.

Politik muss den sozialen Status verbessern. Arbeitgeber müssen Arbeit schaffen und die Arbeitsbedingungen gesundheitsfördernd gestalten. Die Hauseigentümer müssen die Wohnbedingungen und die Kommunen müssen das Wohnumfeld verbessern. Die Versorgungsstruktur für sozial Schwache weiterzuentwickeln ist Aufgabe der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der Leistungsanbieter und der Politik. Die persönliche Unterstützung ist vor allem ein Bereich, in dem die Familie tätig werden kann und der Betroffene selbst muss sein Verhalten verändern.

Krankheit und Sterblichkeit in Bayern

Im zweiten Vortragsblock belegten Dr. Kistler, INIFES, und Dr. Korczak, GP-Forschungsgruppe, die Auswirkungen der sozialen Lage auf die Gesundheit mit

war, weiß ein Lied davon zu singen, dass Wartezeiten von vier und mehr Stunden keine Seltenheit sind.

Zentrale Notfallpraxis: Seit Anfang 2000 gibt es nun im Krankenhaus Vincentinum am Wochenende die zentrale Notfallpraxis, zunächst für allgemeinmedizinische und internistische Patienten sowie für Chirurgische Patienten. Kinderärzte sollen folgen. Der Notdienst soll ab nächstem Jahr nicht nur am Wochenende, sondern jeden Abend zur Verfügung stehen. Er wird turnusmäßig von qualifizierten Ärztinnen und Ärzten aus den jeweiligen niedergelassenen Facharztbereichen besetzt.

Soweit, so gut. Nun ist interessanterweise die Diskussion über diese Notfallpraxen entstanden zu einer Zeit, in der die niedergelassenen Ärzte durch Budgetierung der ärztlichen Gesamteinnahmen im ambulanten Bereich sich in heftigem Streit und in Unruhe befinden:

- Ein Teil der Ärzte erhofft sich durch die Tätigkeit am Abend ein Zusatzeinkommen – was viele auch dringend brauchen angesichts seit Jahren sinkender Einnahmen aus der hausärztlichen Tätigkeit.

- Andere fürchten, dass auf diese Weise – da das Gesamtbudget ja nicht erhöht wird – die Vergütung der einzelnen Leistung noch mehr sinkt als bisher.

Es gibt daher die Forderung, dass die Krankenkassen für ambulante Notfallbehandlungen in der Notfallpraxis den

gleichen Betrag an die Notfallpraxen zahlen, den das Zentralklinikum für Notfälle erhält, nämlich 90 DM, ohne Bindung an das Budget und damit ohne Schwankungsmöglichkeit.

Notfallpraxis und Ladenschluss: Interessanterweise ist die Diskussion um die Notfallpraxis aufgetreten, seit es die Diskussion um die Ladenschlusszeiten gibt. Wenn die Läden bis 20 Uhr geöffnet sind, man rund um die Uhr per Internet oder Telefon Waren bestellen kann, warum kann dann der Arzt nicht auch rund um die Uhr aufhaben?

Ist es da noch richtig, dass es überhaupt Erschwerenizuschläge für Behandlungen am Wochenende und am Abend gibt?

Sollten nicht alle medizinischen Leistungen auch am Abend und am Wochenende angeboten werden? Oder sollen tatsächlich nur Notfallmaßnahmen stattfinden und die Patienten im übrigen auf ihre Hausärzte verwiesen bzw. ins Krankenhaus eingewiesen werden?

Es gibt eine zunehmende Anzahl von Menschen, meist aus dem mittleren Management, die es vorziehen, am Wochenende in die Notfallpraxis zu kommen, und keine Möglichkeit sehen, unter der Woche zu ihrem Hausarzt zu gehen. Oft wäre eine gründlichere Untersuchung und eine längere Verlaufsbeobachtung bei chronischen Erkrankungen dieser noch jungen Menschen angesagt. Dies geht naturgemäß am Wochenende und am

Abend nur sehr eingeschränkt.

Aus eigener Erfahrung sei noch am Rande vermerkt, dass diese meist sehr gut verdienenden Angestellten oft gedrängt werden müssen, ihre hierbei anfallenden Arztrechnungen zu bezahlen. Sie haben vielfach Privatversicherungsverträge mit hoher Selbstkostenbeteiligung. Ihre geringe Lebenserfahrung macht sie kurzfristig, auch gegenüber der Arbeitskraft der sie zu Unzeiten behandelnden Ärztinnen und Ärzte und des sonstigen medizinischen Personals.

Und das Ganze hat ja noch eine andere Seite: In vielen Firmen ist es jetzt schon schwer, zu Arbeitszeiten einen Arztbesuch zu erkämpfen, dies insbesondere in den unteren Bereichen. Aber die Beschäftigten haben in den meisten Betrieben noch das Recht dazu, und das sollten sie bedenken, wenn sie es „sehr praktisch“ finden, auch noch am Abend oder am Wochenende zum Arzt gehen zu können.

Im Gesundheitswesen, wo es um das Leben von Menschen geht, muss eine Notfallversorgung rund um die Uhr gewährleistet sein. Das ist sicherlich unstrittig, und das war im Augsburger Raum auch bisher schon der Fall. Aber zu Unzeiten sollte es eine wirkliche Notfallversorgung bleiben mit entsprechender Honorierung für Arbeit zu Unzeiten. Das gilt ebenso wie bei den Ladenöffnungszeiten, die auch nicht noch weiter durchlöchert werden sollten.

elf

→ bayerischen Daten. Psychische Arbeitsbelastungen durch genau vorgegebene Arbeitsdurchführung betrifft vor allem Personen mit niedrigerem Schulabschluss (Hauptschule). Restriktive Arbeiten sind vor allem bei den unteren Einkommensklassen zu finden.

Arbeit unter belastender Körperhaltung weisen vor allem Personen mit Hauptschulabschluss (31%) sowie Arbeiter (53%) gefolgt von Selbständigen (31%) auf. Arbeitslose sind dreimal häufiger wegen psychiatrischen Erkrankungen arbeitsunfähig gemeldet als freiwillig Versicherte.

Es gibt auch berufliche Belastungsarten, die stärker bei höheren beruflichem Status zutreffen. Psychische Arbeitsbelastungen durch Termin und Zeitdruck betreffen vor allem Personen mit höherem Schulabschluss. Die psychische Belastung steigt mit dem Einkommen deutlich an. Der Termin- und Leistungsdruck steigt bis zu einem Alter von 55 Jahren, danach fällt er wieder ab. – Der Bayer. Sozialbericht von 1998 belegt aber nicht nur den negativen Zusammenhang, sondern auch den positiven Einfluss von Arbeit. Die subjektive Zufriedenheit mit beruflichen Aufstiegschancen steigt mit höherem Bildungsstand und zunehmendem Einkommen.

Der Tod ist in Bayern regional ungleich verteilt. Eine unterschiedliche Mortalität zeigt der Bayerische Sozialbericht auf. Eine höhere Lebenserwartung ist vor allem in den oberbayerischen Landkreisen festzustellen. Eine überdurchschnittliche Sterblichkeit gibt es seit mehr als zehn Jahren in Tirschenreuth, Dillingen, Mühldorf am Inn, Regen und Hof. (Tabelle 3)

Der Direktor des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie Prof. Dr. Martin Pfaff betonte den Stellenwert von Gesundheitsförderung. „Ca. 25% der Kosten im Gesundheitswesen könnten langfristig durch Prävention gesenkt werden.“ Gesundheitsförderung

ist aber für ihm vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Lebensqualität zu sehen. Nach der Ottawa-Charta sind grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit, Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Damit beschreibt die Ottawa-Charta zugleich auch die Anknüpfungspunkte, um die gesundheitliche Ungleichheit zu überwinden. Das Gesundheitsreformgesetz 2000 hat dies im §20 SGB V mit aufgenommen. Gesundheitsförderung soll auch einen Beitrag zur Überwindung von gesundheitlicher Ungleichheit leisten.

Überwindung sozialer Ungleichheit

Der vierte Teil des Forums befasste sich mittels einer Podiumsdiskussion mit Lösungsansätzen.

Joachim Lorenz, Gesundheitsreferent der Stadt München, wies auf Maßnahmen im Stadtteil Hasenberg hin, die zur Verbesserung der Versorgungsstruktur in einem sozial schwächeren Stadtteil geführt hat. Seit inzwischen 25 Jahren gibt es im Hasenberg eine Anlaufstelle für medizinische und sozialpädagogische Fragen, die gut angenommen wird und im Stadtteil vieles bewegt hat. Für die Gesundheitsförderung müssten nach Joachim Lorenz die Kommunen in Bayern viel mehr tun. Prävention muss stärker ein Aufgabengebiet der Gesundheitsämter werden.

Der Direktor des Arbeitsamtes Augsburg Josef Hölzle wies darauf hin, dass gesundheitliche Einschränkungen ein großes Vermittlungsproblem darstellen. Deswegen versucht das Arbeitsamt über Reha-Maßnahmen u.a. die gesundheitliche Lage der Arbeitslosen zu verbessern.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Ulrich Pfaffmann forderte Gesundheits-

erziehung als Schulziel ein. Und er forderte die Bayerische Staatsregierung auf, Antworten auf die regional unterschiedliche Sterblichkeitsrate zu finden.

Der Moderator der Podiumsdiskussion Klaus Kastan wollte von Gerhard Schulte, Vorsitzender des Vorstandes des BKK Landesverbandes Bayern, wissen, inwieweit die GKV Gesundheitsförderung vor allem für sozial Schwache anbietet. Denn die Werbefilme der Krankenkassen zeigen eine ganz andere Zielgruppe. Gerhard Schulte betonte, dass seine Kassenart – die Betriebskrankenkassen – keine derartige Marketing-Maßnahmen haben. Und „natürlich müssen auch die Schwächeren eine Zielgruppe der GKV sein.“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Aribert Wolf ging auf die Finanzierung von Leistungen der GKV ein. Gerade um auch für Schwächere den hohen Leistungsstand halten zu können, müsse der Leistungskatalog überarbeitet werden. In Zukunft werde eine Aufteilung in Grundleistungen für alle und Wahlleistungen bei einem höheren Beitragssatz notwendig sein.

Dieser scheinbaren Notwendigkeit widersprachen energisch Pfaffmann, Pfaff und Dittrich. Ein differenziertes Plädoyer für einen einheitlichen Leistungskatalog ist über die Homepage von forumgesundheit einzusehen.

Klaus Dittrich stellte klar, dass der DGB Bayern der Anwalt für sozial Schwächere sein wird. D.h. die Politik zu fordern, Armut abzubauen, einen hohen medizinischen Standard für alle zu gewährleisten und den Stellenwert der Gesundheitsförderung zu erhöhen. Die GKV ist aufgefordert, Präventionsangebote für sozial Schwächere zu entwickeln. Er widersprach der Auffassung der Krankenkassen, sie dürften für Gesundheitsförderung nur bis zu 5,- DM pro Versicherten ausgeben. „Das Gesetz sieht keine Höchstgrenze vor.“

www.dgb-bildungswerk-bayern.de

Überstunden: Risikofaktor

Überlange Arbeitszeiten, Schicht- und Nachtarbeit machen krank. Dies bestätigt eine Studie, die kürzlich in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wurde.

Im Mittelpunkt der Studie, die NRW-Arbeitsminister Harald Schartau vorstellte, stand der Zusammenhang zwischen flexiblen Arbeitszeiten und gesundheitlichen oder psychischen Belastungen. Dazu wurden bundesweit über 4.000 Beschäftigte befragt. Harald Schartau: „Schichtarbeiter klagen mit 58 Prozent mehr als doppelt so häufig über Termin- und Leistungsdruck wie Beschäftigte, die eine klassische Normalarbeitszeit haben. Bei denjenigen, die mehr als 45 Wochenstunden arbeiten, klagen fast 80 Prozent über Stress. Für Gesundheit und Beschäftigung macht es daher

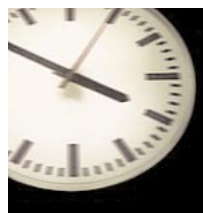
Sinn, die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.“ Der Minister appellierte an die Arbeitgeber, das Angebot der kostenlosen Arbeitszeitberatung in Anspruch zu nehmen, das im Rahmen der „Landesinitiative Moderne Arbeitszeiten“ gemacht wird. Ungünstige Arbeitszeiten führen auf Dauer zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die häufigsten Klagen im bundesweiten Durchschnitt sind: Rückenschmerzen (42 Prozent); Kopfschmerzen (30 Prozent); Nervosität (26 Prozent) und Schlafstörungen oder Schlafmangel (18 Prozent). Immerhin sind 15,6 Prozent aller Beschäftigten Nacht- und Schichtarbeiter. Erwartungsgemäß nennen sie Schlafmangel und Schlafstörungen überproportional häufig als gesundheitliche Beschwerden (30 Prozent).

www.arbeitszeiten.nrw.de

Überstunden Rekord-Hoch

Nach Berechnungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit wird die Gesamtzahl der in Deutschland geleisteten Überstunden in diesem Jahr um 110 Millionen auf 1,91 Milliarden steigen – so viel wie seit 1995 nicht mehr.

Nach der Nürnberger Prognose leistet jeder Arbeitnehmer in diesem Jahr 63,2 bezahlte Überstunden – dies entspricht einem Plus von 3,4 Stunden gegenüber dem Vorjahr und ist die höchste Pro-Kopf-Überstundenleistung seit der Wiedervereinigung.



Eine Publikation des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, über www.universum.de



Erneut Warnstreiks bei Ufa/Cinemaxx

Laut Auskunft der IG Medien werden die Beschäftigten zahlreicher Cinemaxx- und Ufa-Kinos vor der siebten Runde der Tarifverhandlungen am 1.11. ihre Forderungen nach ausreichenden Mindestlöhnen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit neuerlichen Warnstreiks unterstreichen.

Die IG Medien fordert u.a. Lohnerhöhungen, der Mindestlohn im Kino soll 16,50 DM betragen, sechs Wochen Urlaub und ein 13. Monatseinkommen. Der Arbeitgeberverband der beiden Groß-Kino-Betreiber, ar.di, bietet lediglich fünf Wochen Urlaub, eine „maßvolle Erhöhung“ der derzeitigen Jahresleistung von 750 DM und eine Lohnerhöhung von 2%. Nach Auskunft der IG Medien würde dies für die meisten der rund 4.000 Beschäftigten zu Stundenlöhnen zwischen 12,15 und 13,75 DM und einem monatlichen Bruttoeinkommen (!) zwischen rund 2.100 und 2.379 DM führen, viel zu wenig für eine eigenständige Existenzsicherung.

Bereits in den vergangenen Wochen haben sich Beschäftigte aus 19 Kinos in Hamburg, Bremen, Hannover, Aachen, Berlin, Freiburg, Heidelberg und Göttingen beteiligt. Kinobesucher berichten von einer guten Stimmung beim letzten Warnstreik. Wenn ihr also in den nächsten Tagen ins Kino geht: Über eine Solidaritätsbekundung würden sich die Beschäftigten mit Sicherheit freuen!

(scc nach PE IG Medien)



Profi-Vereine auf Kosten des Breitensports subventioniert? MÜNCHEN. Bürgermeisterin Burkert beklagte vor 650 Vorsitzenden Münchner Sportorganisationen, dass entgegen einem Beschluss des Sportausschusses von 1998 der Erbpachtzins für die Profivereine Bayern und 1860 weiterhin nicht höher sei als für die Amateurvereine, nämlich 2 Pfennig pro Quadratmeter für Freiflächen und 80 Pfennig für überbaute Flächen pro Jahr. Von einer Erhöhung für die kommerzielle Nutzung durch die Profivereine hatte man sich Mehreinnahmen in Höhe von 500.000 DM versprochen, die der Jugendförderung in den Amateurvereinen zugute kommen sollten.

Drogentests bei der Stadt? STUTTGART. Bis zum 13. November soll ein Konzept vorliegen, in dem ein Drogentest für Berufsgruppen, die eine besondere Verantwortung gegenüber anderen Menschen haben, vorgesehen ist. Im Gegensatz zu Grünen-Bürgermeister Murawski lehnen die Personalräte dies ab. Sie warnen davor, dass solch Tests immer weiter geführt werden könnten, bis hin zum Gentest. Die Verantwortung der Vorgesetzten und ihre Fürsorgepflicht sei ausreichend, außerdem seien generelle Drogentests wegen des Schutzes der Intimsphäre der Beschäftigten laut Bundesarbeitsgericht nicht zulässig.

„Dreck weg“. DARMSTADT. Scharfe Kritik erntete eine Plakataktion der CDU zur Kommunalwahl im Frühjahr 2001 zum Thema „Sicherheit und Sauberkeit“ in der Stadt. Auf den Plakaten ist die Parole „Dreck weg“ zu lesen. Unter diesem Schriftzug findet sich auch der Hinweis auf eine Internetseite. Dort heißt es unter anderem: „Der Luisenplatz gilt den Darmstädtern als das Herz der Stadt. Seine Verwahrlosung tut vielen Bürgern weh. Um den Langen Ludwig scharen sich ungebetene Gäste, der Brunnen wird zum Abfallkübel, und Stadstreicher belagern die Eingänge zum Luisencenter. Hier mit eisernem Besen zu kehren, ist nicht leicht, aber nötig.“ Für den SPD-OB ein schlimmer Mißgriff bei der Wortwahl. Hier sei es nicht mehr weit, bis die Forderung erhoben werde, „Ungeziefer muß weg“. Unter der Überschrift „100 Morde sind genug“ wandte sich unterdessen auch das „Darmstädter Komitee gegen rechte Gewalt“ mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Wer in einer Zeit, in der Obdachlose zu den Opfern rechter Gewalt gehören, solche Formulierungen wähle, nehme Gewalt gegen diese „billigend in Kauf“.

Wohnungsleerstand: BERLIN/KÖLN. Der Wohnungsleerstand in den neuen Ländern nimmt nach Auffassung des Deutschen Städtetages immer bedroh-

lichere Formen an. Deshalb fordern die Städte Bund und Länder auf, den Abriss und Umbau insbesondere von Plattenbauten sowie die Sanierung von Altbauten finanziell spürbar zu fördern. Inzwischen stehen in den ostdeutschen Ländern rund eine Million Wohnungen leer. Die Leerstandsquote bei den Wohnungsgesellschaften lag Ende 1999 bei durchschnittlich 13 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes, in einigen Regionen beträgt sie über 20 Prozent. Städte und Wohnungswirtschaft könnten den strukturellen Leerstand allein nicht bewältigen. Durch Wegzug gut ausgebildeter und einkommensstarker Familien kommt es nach Erfahrungen des Deutschen Städtetages in den von Leerstand betroffenen Wohngebieten zu sozialen Erosionserscheinungen. Daher müsse das Programm „Soziale Stadt“ ausgeweitet und verstetigt werden.

Kommunaler Steuerverbund: KÖLN. Die Städte in Nordrhein-Westfalen sind sehr besorgt, dass die Finanzausweisungen des Landes für die Kommunen im sogenannten Steuerverbund des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2001 gegenüber dem laufenden Jahr voraussichtlich um rund 750 Millionen Mark auf 13,7 Milliarden Mark sinken werden. Der Steuerverbund ist das Herzstück des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen. Der Rückgang um 5,2 Prozent resultiert aus einem Minus insbesondere bei den Einkommenssteuern und aus einem Plus bei der kommunalen Beteiligung an der Finanzierung der Deutschen Einheit. Die Städte fordern, dass ihre Schlüsselzuweisungen von dieser Negativentwicklung verschont bleiben. Die Schlüsselzuweisungen müsse das Land auf dem Leistungsniveau des Jahres 2000 in Höhe von rund neun Milliarden Mark fortschreiben, verlangte am 18. Oktober in Köln der Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

„Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft“: Berlin/Köln. Die deutschen Städte überprüfen zur Zeit innerhalb des Projektes „Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft“ in allen Bereichen kommunaler Politik ihre Aufgaben und versuchen sie neu zu definieren. Die Städte stellen sich damit Veränderungen, die sich etwa aus der Brüsseler Politik der Liberalisierung der Märkte ergeben. Sie wollen zugleich Strategien erarbeiten, wie sich unzulässige Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung verhindern lassen. Anlässlich der Veröffentlichung des Veranstaltungsplanes „Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft“ wurden u. a. die Themen Sozialpolitik, Bildungspolitik und wirtschaftliche Betätigung der Städte genannt.

Zusammenstellung: ulj

Soziale Grundrechte und solidarische Rentenversicherung verteidigen – Tarifpolitik gegen die Umklammerung des Bündnisses für Arbeit neu politisieren – für die Demokratisierung von Betrieb, Unternehmen und Wirtschaft !

I. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von SPD und Grünen steht nicht nur in der Kontinuität der konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik ...

... in zentralen Bereichen wie der Rentenversicherung kommt es unter rot-grünen Vorzeichen zu einem Privatisierungsschub und Systembruch, den die Konservativen in dieser Schärfe nicht durchsetzen konnten.

Eine Reform der Betriebsverfassung, die die meisten Anforderungen und Erfahrungen von GewerkschafterInnen ignoriert, neue gesetzliche Regelungen zu befristeten Arbeitsverhältnissen, eine Intensivierung des Drucks auf Erwerbslose und die Zerstörung der sozialen Rentenversicherung: es droht ein Um- und Abbau des Sozialsystems, deren Folgen auch immer stärker in der Tarifpolitik zu spüren sind.

Auch wenn Teile der Gewerkschaften in diese Anpassungsprozesse eingebunden ist, sind politische Alternativen nicht aussichtslos. Widerstand und politische Allianzen gegen die neue Mitte sind möglich.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Positionierung der IG Medien gegen das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ auf ihrem Gewerkschaftstag im Herbst d.J..

Diese programmatische Entwicklung ist ein wichtiger Impuls für einen Kurswechsel auch in unseren Gremien und Organisationen, weshalb wir uns in unseren Betrieben und Gewerkschaften dafür einsetzen werden, dem Beispiel der IG Medien zu folgen.

Wir unterstützen die Initiative „Auf die Strasse gegen Rentendemontage!“ unserer Stuttgarter KollegInnen und werden uns darum bemühen, dass sie zu einem Kristallisationspunkt des Widerstands gegen die rot-grünen Rentenpläne wird.

In Würdigung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen Sozial-, Tarifpolitik und „Mitbestimmung“ im Netzwerk der Gewerkschaftslinken erklärt die III. bundesweite Konferenz der Gewerkschaftslinken des Weiteren:

II. Die modellhaft praktizierten „Beschäftigungshilfen für Geringqualifizierte“, mit denen der Niedriglohnsektor subventioniert und ausgeweitet wird, lehnen wir entschieden ab.

Solidarische Wege zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit bestehen vielmehr in Einrichtung eines öffentlichen Beschäftigungssektors sowie in der Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit auf mehr Köpfe und Hände.

Die Arbeitslosenhilfe muss erhalten und eine ausreichende materielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit hergestellt werden. Wenn Erwerbslose aus der nackten Not heraus (fast) jede Arbeit zu jeder Bedingung annehmen müssen, dann geraten auch Löhne und Arbeitsbedingungen insgesamt unter Druck, die Unterbietungskonkurrenz der Arbeitsuchenden wird angeheizt. Um Armut und Ausgrenzung wirksam entgegenzutreten, ist die Durchsetzung einer garantierten Mindestsicherung mit einem deutlich über der Sozialhilfe liegenden Leistungsniveau erforderlich, das auch als Mindestsockel in die Arbeitslosenversicherung integriert wird.

Arbeitsvermittlung und Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind von allen repressiven Zwangs- und Disziplinierungselementen zu befreien. Die verschärften Zumutbarkeitsregeln einer „Fördern und Fordern“-Philosophie führen in der Praxis immer weniger zur Integration in existenzsichernde Erwerbsarbeit und immer öfter zur Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug. Wir brauchen ein Recht auf Fortbildung und Qualifizierung, das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie die Einhaltung tariflicher Standards bei beschäftigungsfördernden Maßnahmen.

Aktuell heisst das für unsere arbeitsmarktpolitischen Forderungen:

- Jede Zwangsvermittlung muss abgeschafft werden. Der Berufs-, Qualifikations- und Einkommenschutz muss vollständig wiederhergestellt werden.
- Die vermittelten Beschäftigungen müssen existenzsichernd und sozialversicherungspflichtig sein und vorhandene Qualifikationen berücksichtigen.
- Wir brauchen einen existenzsichern-

den Mindestlohn und keine Ausweitung des Niedriglohnbereichs

- Die Arbeitslosenhilfe muss erhalten bleiben. Wir fordern die sofortige Erhöhung der Leistungssätze für Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen und Flüchtlinge.

- Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge muss ebenso verschwinden wie das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz

- Wir fordern ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen

- Befristete Arbeitsverträge haben nachweislich keine dauerhaften Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt geschaffen, aber geholfen, die Standards für alle zu senken – wir fordern das ersatzlose Auslaufen des Beschäftigungsförderungsgesetzes!

III. Unverzichtbar ist für uns im Streit um die Zukunft der Alterssicherung

- die Abwehr jeglicher Privatisierung und Rentenkürzungen sowie eine stärkere Beteiligung der Unternehmen und wohlhabenden Haushalte an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
- die Verteidigung und Weiterentwicklung des umlagegestützten gesetzlichen Rentensystems, das paritätisch von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen finanziert wird. Die Belastung für die ArbeitnehmerInnen wäre unter dem Strich niedriger als mit dem rot-grünen Systembruch und Riester Privatrente.

- Dass die Flucht der Arbeitgeber, vieler Berufsgruppen und gut verdienender ArbeitnehmerInnen aus dem solidarischen Rentensystem gestoppt wird. Berufsständische Versorgungswerke gehören in die allgemeine Rentenversicherung. Durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Berücksichtigung jeder abhängigen Arbeit in der Sozialversicherung, die über einen lebensnahen ArbeitnehmerInnenbegriff zu erreichen wäre, kann das Rentenniveau verteidigt und verbessert werden.

- die allgemeine Senkung der Altersgrenzen für den Rentenbezug, so dass ein früherer Ausstieg aus dem Erwerbsleben für ArbeitnehmerInnen zumutbar ist. Menschen, die arbeits- und berufsunfähig sind, muss auch vor den allgemeinen (dann gesenkten) Altersgrenzen ein Rentenbezug zu fairen Bedingungen ermöglicht werden. Wer wegen schlechter Arbeitsbedingungen, Stress und Arbeitshetze berufs- oder arbeitsunfähig wird, darf nicht noch zusätzlich durch Niedrigrenten bestraft werden. Entsprechend darf auch die Erwerbsunfähigkeitsrente nicht angetastet werden!

- dass das Rentenrecht Kindererziehungszeiten von Vätern und Müttern vollständig berücksichtigt und Risiken wie Erwerbslosigkeit und Niedrigeinkommen sowie Nachteile aus Teilzeitarbeit umfassend ausgleicht. Altersarmut wird dann auch für Frauen und GeringverdienerInnen wirksam bekämpft. In seiner jetzigen Form diskriminiert das Rentenrecht Frauen – das muss in einer

gerechten Rentenreform abgestellt werden. Wir wollen, dass Frauen künftig eigene existenzsichernde Rentenansprüche unabhängig von ihren Ehemännern erwerben.

- dass die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung stärker über Steuern aus Kapitaleinkünften und Vermögen finanziert werden.

Die Abwehr des Systembruchs in der Rentenversicherung ist die Voraussetzung für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, bei der es um die zweckmäßigste Form der Verbreiterung der ökonomischen Basis und eine verteilungspolitische Korrektur zu Lasten der Unternehmen und wohlhabenden Haushalte gehen wird.

IV. Dreh- und Angelpunkte für eine Repolitisierung und Veränderung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik werden folgende Punkte sein:

- In der Lohn- und Gehaltspolitik muss die Verteilungsfrage wieder in den Vordergrund gestellt werden. Nach einer langen, ungebrochenen Phase der Umverteilung von unten nach oben müssen wir wieder zu einer offensiven Lohnpolitik kommen, die nicht nur den Verteilungsspielraum ausschöpft, sondern Komponenten der Rück-Umverteilung enthält. Gleichzeitig müssen die sich daraus ergebenden Möglichkeiten genutzt werden, die immer größeren Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten innerhalb und zwischen den Branchen einzuebrennen und das Abgleiten eines wachsenden Teils der Beschäftigten in Niedriglohnsektoren zu verhindern. Hierzu müssen wir Konzepte tariflicher und politischer Mindesteinkommenspolitik entwickeln.
- Die Tarifpolitik darf keine negativen Auswirkungen auf die Sozialpolitik haben, in dem sie, als „Reparaturbetrieb“, die Zerschlagung und Verschlechterung unserer Sozialversicherungssysteme sanktioniert.
- Wir müssen unsere Tarifverträge wieder robuster machen gegen betriebliche Öffnungsklauseln. Die Reduzierung der Tarifpolitik, wie von den Arbeitgeberverbänden gewollt, auf wenige Grundfragen und der Ausbau betrieblicher Regelung ist der falsche Weg. Dieser ist übrigens durch eine Forcierung ergebnis- und erfolgsabhängiger Entgeltfaktoren vorprogrammiert.
- Wir wollen auf dem Feld der kollektiven Arbeitszeitverkürzung für Alle wieder in die Offensive kommen. Entscheidend wird dabei sein, wie wir die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich, das Interesse wachsender Beschäftigungsgruppen an mehr Selbstbestimmung und die Begrenzung von zunehmendem Arbeitsdruck und Stress verbinden.
- In die Tarifpolitik muss auch der rasante Formationswandel der Konzerne (Fusionen und Ausgliederung) einbezogen werden. Hier können Beschäfti-

gungstarifverträge auf Konzernebene eine fortschrittliche Handlungsebene sein. Erste größere Kämpfe, wie der jüngste der Opel-Belegschaft gegen die Folgen von Ausgliederung oder von Werner und Pfleiderer in Dinkelsbühl, deuten an, dass wir uns den Entscheidungen der Konzernlenker nicht ohnmächtig ausliefern müssen.

V. Bis in die Gewerkschaften hinein besteht die Tendenz, „Mitbestimmung“ vor allem als Standortfaktor zur Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit zu sehen.

Nachdem der Versuch gescheitert ist, diese Sichtweise im DGB-Grundsatzprogramm festzuschreiben, wurden innerhalb des DGB mit den Mitbestimmungsthesen der Bertelsmann- und Böckler-Stiftung ein weiterer Anlauf unternommen, die gewerkschaftliche Mitbestimmungspolitik auf die Unterordnung der ArbeitnehmerInnen unter die Standortlogik festzulegen.

Die anstehende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes kann in diesem Streit zu einer wichtigen Weichenstellung führen. Aus unserer Sicht muss es unter anderem darum gehen, die rechtliche Position von Betriebsräten (aber auch die der einzelnen ArbeitnehmerInnen und der Gewerkschaften im Betrieb) im Sinne der Konzeption von Gegenmacht zu stärken. Trotz vorhandener Schwachstellen halten wir den DGB-Entwurf von 1998 für eine geeignete Plattform, die Betriebsverfassung in unserem Sinne weiterzuentwickeln.

Wir sind uns aber des Problems bewusst, dass die vielen sozial- und tarifpolitischen Niederlagen nicht auf der betrieblichen Ebene zu korrigieren sind. „Mitbestimmung“ – verstanden als konsequente Demokratisierung – kann nicht auf die Ebene des Betriebs begrenzt werden.

Daher muss parallel der Flächentarifvertrag mit neuem Leben erfüllt und das Arbeitsrecht robuster gegen Flexibilisierung gemacht werden. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die rot-grüne Koalition die Befristungsmöglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zum Ende des Jahres auslaufen lässt.

Der DGB verzichtet bedauerlicherweise auf Mobilisierung und die Politisierung des Themas. Wir fordern Gewerkschaften und Betriebsräte auf, die Novellierung kritisch zu begleiten und die Frage auch zum Thema von Betriebsversammlungen zu machen. Mobilisierung und kritische Öffentlichkeit sind auch nötig, um eine weitere Aushöhlung des Flächentarifvertrags mittels der Verkehrung des Günstigkeitsprinzips abzuwehren.

Dass der § 77 III BetrVG – Vorrang des Tarifvertrages – erhalten bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit und kein Anlass für Zugeständnisse in anderen rechtlichen Fragen.

BDI kritisiert sozialpolitischen Flügel der CDU – HB, Montag, 30.10.2000. – CDU und CSU müssten ein Gegengewicht zum Populismus der rot-grünen Bundesregierung werden, sagte der Hauptgeschäftsführer des BDI. L.-G. von Wartenberg. Kritisiert werden vom BDI v.a. die Befürwortung der Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und der gesetzliche Anspruch von Eltern auf Teilzeitarbeit durch die CDU/CSU. Aktuelle BDI-Forderungen an eine „ordnungspolitisch richtige CDU-Politik“ sind: die Lockerung des Ladenschlusses, die Selbstbeteiligung der Versicherten in den Krankenkassen, die Abschaffung des Rabattgesetzes und eine auf 12 Jahre verkürzte Schulzeit bis zum Abitur. Wartenberg warnte vor Strömungen in beiden Volksparteien, die vorgäben, den kleinen Mann vor dem kalten Wind der Globalisierung zu schützen. „Wir müssen die Ängstlichen mitnehmen, indem wir ihnen die Chancen der Globalisierung vermitteln, sonst bekommen wir Wahlergebnisse wie in Österreich“. Der BDI-Hauptgeschäftsführer begrüßt die Ernennung Meyers zum Generalsekretär der CDU: „Herr Meyer kennt die gesellschaftspolitischen Vorzüge der Marktwirtschaft“.

Deutschland auf Platz 20 der Hitliste der Wirtschaftsfreiheit. – HB, Donnerstag, 2.11.2000. – Die wirtschaftsliberale Heritage Foundation siedelt die BRD in der Neuauflage ihres „Index der Wirtschaftsfreiheit“ als „von Strukturproblemen geschwächten Wirtschaftsriesen“ auf Stufe 20 von 155 Ländern an. Im Jahresbericht 2000 ist Deutschland von Stufe 22 auf 20 geklettert.

Wirtschaft kritisiert EDV-Zugriff der Betriebsprüfer. – HB, Donnerstag, 2.11.2000. – Nach Meinung des BDI sowie des DIHT wird den Finanzbehörden mit dem durch das Steuer-senkungsgesetz eingeführten Recht auf Einblick in die Unternehmensdaten in unverletzbarer Weise Zugang zu sensiblen Unternehmensinformationen verschafft.

Henkel für Aufhebung der Befristung bei Greencard. – BDI-Präsident H.-O. Henkel hat die Bundesregierung aufgefordert, die fünfjährige Befristung der Greencard für ausländische Computer-Experten völlig aufzuheben. Die Frist sei „für viele Menschen, die eine Alternative haben, nach Großbritannien oder USA ohne solche Einschränkungen zu gehen, eine Hürde, die sie nicht nehmen wollen“, sagte der BDI-Chef. Er plädierte die Greencard auch auf andere Branchen auszudehnen.

Presseauswertung: rst

Kann es „linken Patriotismus“ geben?

Eine Antwort auf Klaus Höpcke.
Von Winfried Wolf

Als ich in *junge Welt* vom 18. Oktober in meiner Bilanz des Cottbusser PDS-Parteitages u.a. eine „Deutschtümelei“ kritisierte, schien dies eine isolierte Stimme zu sein. Weswegen Roland Claus es für einen guten Einstand als neuer Fraktionschef hielt, mir auf der darauf folgenden öffentlichen Fraktionssitzung zuzurufen: „... und tschüß“. Inzwischen hat sich die Debatte weiter entwickelt, beschleunigt durch das *taz*-Interview mit Gabi Zimmer: „Ich liebe Deutschland“ (*taz*, 28./29. Oktober 2000).

Immer mehr erkennen bei der PDS Deutschtümelei. Carsten Hübner forderte, Gabi Zimmer solle „schnellstmöglich klären, was sie mit Nation und Deutschland an Positivem verbindet“ (*jW*, 30. Oktober). Ein anderes PDS-MdB, Uwe Hiks, äußerte, wenn sich die PDS die Begriffe „Deutschland“ und „Nation“ zu eigen machen bzw. diese positiv besetzen wolle, würde „sie einen großen Teil der kritischen Linken im Westen verlieren“ (*Berliner Zeitung*, 25. Oktober). Derselbe Abgeordnete erklärte, nun wieder in *junge Welt* (26. Oktober), er fände es „fatal für die PDS, wenn sich der Kurs, den Roland Claus angedeutet hat, dass nämlich über strategische Ausrichtungen der Partei mit Menschen wie Winfried Wolf nicht mehr diskutiert werden sollte, in der PDS durchsetzen (würde)“. Angela Marquardt wird im *ND* (30. Oktober) mit der Feststellung zitiert, „jede Deutschtümelei (ist) für eine linke Partei absolut inakzeptabel“; es drohe mit Gabi Zimmers Rede eine „Büchse der Pandora“ geöffnet zu werden, aus der „völkisches Denken und Rassismus erwachsen“. Marquardt fügte unter Verweis auf das *taz*-Interview sogar an: „Mit solchen Positionen ist sie nicht mehr meine Parteivorsitzende.“

So weit ging ich nicht. Natürlich ist Gabi Zimmer weiter die PDS-Parteivorsitzende, auch wenn unklar ist, für wie viele der 90000 PDS-Genossinnen und -Genossen sie in dieser Angelegenheit spricht. In Cottbus wurde über Liebeserklärungen an die Rhön im allgemeinen und Deutschland im besonderen nicht abgestimmt – kein Wort findet sich davon im Leitantrag oder in anderen Beschlüssen. Auch das Parteitagsmotto „dass ein gutes Deutschland blühe“ wurde in keiner gewählten PDS-Struktur beschlossen.

Wenn Roland Claus den übrigen Kritikerinnen und Kritikern aus der PDS-Bundestagsfraktion auch ein „und tschüß“ zurufen würde und wenn diese die Aufforderung ernst nähmen, dann wäre er nicht mehr der Vorsitzende einer

Bundestagsfraktion, sondern derjenige einer Bundestagsgruppe. Allein dieser Hintergrund verdeutlicht: Die begonnene Debatte über „Deutschtümelei“ und Nation muss sachlich und ernst geführt werden. Dabei ist zu fragen: Wird der PDS hier eine Debatte aufgezwungen (von wem auch immer), die von wichtigeren Themen ablenkt und selbstzerstörerisch ist?

Höpckes Position

Klaus Höpcke antwortete mir in *junge Welt* (26. Oktober) in der erforderlichen sachlichen und ernsthaften Art und Weise. Er meinte einleitend, das Parteitagsmotto mit dem Brecht-Zitat „... dass ein gutes Deutschland blühe“ und sein Gesamtzusammenhang sei „mehr Leuten in Erinnerung: Älteren – verbunden mit den Debatten um die Nationalhymne der DDR 1950. Jüngeren – als Bestandteil des Unterrichts an den Schulen der DDR.“ Dazu möchte ich anmerken: In dem 1990 größer gewordenen Deutschland können zumindest drei Viertel der Bevölkerung diese Debatten kaum kennen, da sie diese Art Schulunterricht nicht hatten. Darüber hinaus kann auch ein großer Teil der heute lebenden Jugendlichen in den neuen Ländern, von denen viele für rechte Rattenfängerparolen empfänglich sind, diese Schulbildung mit Brechts Kinderhymne kaum genossen haben, weil ein heute 18-Jähriger im letzten DDR-Jahr gerade mal die zweite oder dritte Klasse besuchte.

Im übrigen ist zu fragen: Ist es nicht irritierend, wenn Leute, die den Hintergrund der erwähnten Brecht-Zeile kennen, diesen nun als Parteitagslosung einer PDS in einer Bundesrepublik Deutschland, die unter westdeutscher Dominanz vereint wurde, präsentieren? Es handelt sich doch zu einem großen Teil um Menschen, die bis 1989 erklärt hatten, die DDR (und nicht „Deutschland“) zu lieben, die Brechts besagte Zeilen so verstanden hatten, dass sie auf die DDR gemünzt und gegen den westdeutschen – militaristischen und revanchistischen – Staat gerichtet waren und höchstens auf ein zukünftiges, entmilitarisiertes, friedliches, vereintes Deutschland anzuwenden wären. Solche Zeilen jetzt auf das neue Gesamtdeutschland anzuwenden, das soeben den ersten Angriffskrieg nach dem Zweiten Weltkrieg mit geführt hat, heißt mit Brecht Schindluder treiben. Dies trifft erst recht dafür zu, wenn der Halbsatz von Bert Brecht aus dem Jahr 1950 gar als Beleg dafür angeführt wird, nunmehr könne mit den Begriffen „Deutschland“, „Nation“ und „Vaterland“ „unverkrampft“ Türklinken putzen gegangen werden.

Klaus Höpcke hat in seinem Beitrag

aber nicht primär Brecht aus dem Jahr 1950 verteidigt. Er versuchte vielmehr meiner Kritik an der Deutschtümelei damit zu begegnen, dass er u. a. auf die Positionen von August Bebel aus dem Jahr 1889 verwies. Bebel hatte damals im Reichstag ausgeführt: „Meine Herren, Sie verwechseln. das Vaterland mit den Institutionen, die in diesem Vaterlande zeitweilig herrschen. Wir hängen ... an diesem Deutschland mit ebenso viel Liebe wie Sie.“ Daran anknüpfend fragt Klaus Höpcke: „Was, um alles in der Welt, sollte uns hindern, der Vaterlandslosigkeit des Kapitals Vaterlandsiebe demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten entgegenzusetzen?“

Zunächst finde ich die Frage falsch gestellt. In der aktuellen Situation spielt eine „Vaterlandslosigkeit“ des Kapitals keine große Rolle (auch wenn ich sie nicht bestreiten will). Mein Eindruck ist eher, dass maßgebliche großbürgerliche Kreise in unserem Land wieder die nationale Karte spielen und über eine von den deutschen Konzernen und Banken bestimmte EU, mit einer wirtschaftlichen Expansion nach Osten und mit einer militärischen Präsenz auf dem Balkan erneut Expansionsgelüste demonstrieren. Sodann weiß ich nicht richtig, was eine von Linken vertretbare „Vaterlandsiebe“ sein soll bzw. was ich mir bei dem Satz „Ich liebe Deutschland“ an Positivem denken könnte. Ich liebe Landschaften, meinetwegen die Rhön, in deren Nähe ich zehn Jahre lebte; eher den Bodensee, wo ich aufgewachsen bin; der Liebesgegenstand könnte auch der Thüringer Wald sein. Aber das „Vaterland“ oder „Deutschland“ lieben?

Klaus Höpcke greift auf Zitate zurück, die 120 Jahre alt sind. Es mag sein, dass zu diesem Zeitpunkt solche Formulierungen akzeptabel waren. Übrigens wurden sie von Bebel und Liebknecht primär rhetorisch benutzt, als Retourkutsche auf den Vorwurf, Sozialisten seien „vaterlandslose Gesellen“. Doch seither gab es erhebliche Veränderungen – u.a. zwei Weltkriege, die von „Deutschland“ ausgingen und Europa verwüsteten. Und es gab die unsäglichen Verbrechen, es gab den Völkermord an Juden, Sinti und Roma, der sich mit „Deutschland“ noch auf Generationen, wenn nicht für immer verbinden wird. Höpcke spricht diese Themen an, allerdings in dem Sinn, dass all dies im Rahmen einer „sozialistischen Vaterlandsiebe nicht vernachlässigt werden“ dürfe. Nun geschahen aber all diese Verbrechen im Namen von „Deutschland“ und dem deutschen „Vaterland“. Und sie geschehen heute Tag für Tag in diesem Namen: „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“, war die Parole der Skins, die in Finsterwalde die Einrichtung einer lin-

„Ich liebe Deutschland“

taz-Interview Jens König, 28./29.10.2000
taz: Frau Zimmer, sind Sie stolz, eine Deutsche zu sein?

Nein!

Warum sind Sie so erschrocken?

Wegen Ihrer Frage. Ich bin doch nicht stolz, Deutsche zu sein. Ich lasse mich nicht in die Nähe von Leuten rücken, die mit diesem berüchtigten Ausruf eine bestimmte politische Grundhaltung zum Ausdruck bringen wollen.

Sie lieben Deutschland, haben Sie auf dem Parteitag in Cottbus gesagt.

Ja, aber das ist etwas anderes. Im Übrigen stimmt der Satz von mir nur, wenn Sie ihn vollständig wiedergeben: Ich liebe Deutschland, und zwar ganz bestimmte Dinge, und ich hasse Deutschland. Das Laute, Aggressive, Arrogante mag ich an diesem Land gar nicht.

Sie bezeichnen ein solches Liebesverhältnis zu Deutschland als „völlig normal“. Sie wissen, dass das nicht stimmt. In Ihrer Partei ist es alles andere als normal.

Stimmt. Aber nicht nur in meiner Partei. Viele Linke in diesem Land haben ein schwieriges Verhältnis zu Deutschland. Das ist aber freundlich ausgedrückt. Sie rühren an einem linken Tabu.

Ich weiß. Die meisten Linken definieren sich bis heute meistens außerhalb oder gegen Deutschland, gegen die Nation. Genau das will ich verändern. Ich muss doch nicht unbedingt ein Land bekämpfen, wenn ich Verhältnisse in ihm ändern will. Mit Hass können wir keine Menschen gewinnen und schon gar nicht deren Angst vor der PDS abbauen.

Was man nicht hasst, muss man nicht gleich lieben. Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat auf die Frage, ob er die Bundesrepublik liebe, geantwortet: Ich liebe meine Frau. Aber Sie bekennen sich zu Deutschland. Finden Sie das nicht komisch?

Nein. Ich liebe Deutschland – diesen Satz habe ich in Cottbus ganz bewusst gesagt. Ich wollte meine Partei provo-

zieren. Eine der vielen Blockaden, die die PDS an ihrer Entwicklung behindern, ist ihr verkrampftes Verhältnis zu dieser Bundesrepublik. (...)

Was genau lieben Sie denn an Deutschland?

Wissen Sie, wie schön es ist, mit dem Segelflugzeug über die Hessische Rhön zu fliegen, dort, wo mein Onkel wohnt – herrlich! Ich liebe überhaupt bestimmte Landschaften, den Thüringer Wald, Hiddensee. Ich liebe alte deutsche Städte wie Erfurt oder Marburg. Ich liebe neben russischen, polnischen und französischen auch viele deutsche Dichter wie Günter Grass und Stefan Heym. Und gerade weil ich diese Seiten an unserem Land mag, empfinde ich umso stärker die Dinge, die es hässlich, aggressiv und nationalistisch machen. Es darf nicht sein, dass Menschen bei uns um ihr Leben fürchten müssen, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben. Ich wünsche mir Deutschland kulturvoller, solidarischer und toleranter.

Bisky oder Gysi wäre nie über die Lippen gekommen, dass sie Deutschland lieben. Fällt Ihnen jetzt gewissermaßen in den Schoß, worum die beiden noch hart kämpfen mussten?

Da ist etwas dran. Es gibt aber noch einen anderen Grund. Ich – und da steht meine Person für viele der jetzt jüngeren Leute in der PDS-Führung – hatte ein durchaus positives Verhältnis zur DDR. Ich habe mich zu ihr als meinem Land bekannt. Jetzt, wo es sie nicht mehr gibt, bin ich ein bisschen auf der Suche nach einem Ersatz.

Bitte? Deutschland als DDR-Ersatz?

Ich will keine neue DDR, das ist Quatsch. Ich bin auf der Suche nach einer neuen Identität. Man kann Thüringerin, Europäerin, Weltbürgerin sein, wie man will – für mich gibt es darüber hinaus eine nationale Identität. Mir fällt es leichter als Gysi und Bisky, zu sagen, dass ich Deutschland auch liebe. Die beiden sind kurz vor beziehungsweise nach dem Krieg geboren, sie haben den

Kalten Krieg der 50er- und 60er-Jahre bewusst miterlebt, sie haben sich an der DDR ganz anders gerieben als wir Jüngeren. Ich glaube, dass viele in der PDS so empfinden wie ich. Wir können uns leichter auf die bundesdeutschen Verhältnisse einlassen. (...)

Was ist es, das die PDS gerade entdeckt? Linker Patriotismus?

Ich habe schon mal darüber nachgedacht, ob man das so nennen sollte. Aber so weit bin ich noch nicht. Wenn man Patriotismus mit Vaterlandsliebe übersetzt, wäre mir der Begriff für das, was ich meine, zu weitgehend. Die PDS sollte über diese Frage jedoch ruhig diskutieren.

Mit dieser fast demonstrativen Beschwörung Deutschlands und der deutschen Nation wird die PDS ihre ohnehin nicht zahlreichen Genossen in Westdeutschland endgültig verlieren. Die meisten dort bekennen sich lieber zu „Deutschland, halt 's Maul!“

Ich glaube, dass genau das Gegenteil passiert: Je mehr wir unser Verhältnis zur Bundesrepublik klären, je mehr wir uns dieser Gesellschaft öffnen, desto mehr Wähler in Westdeutschland werden wir gewinnen. „Deutschland, halt 's Maul!“ oder „Deutschland verrecke“ – ich verstehe, wenn Leute so denken, aber auf dieser Grundlage kann ich keine Politik machen. Wer das Volk verachtet und seine eigene kleine Meinung für die ewige Wahrheit hält, wie es ein Teil unserer westlichen Mitgliedschaft tut, der endet im Sektierertum. (...)

Volkspartei, sozialistisch und jetzt auch noch patriotisch – ist die PDS auf dem besten Wege, die CSU des Ostens zu werden?

Das ist unsinnig. Ich habe das mit der CSU des Ostens noch nie verstanden. Dieses Konzept würde doch verlangen, dass die PDS der Ostabteiler der SPD wird. Das halte ich für abwegig. Ich glaube, in der PDS steckt mehr Zukunft als in der CSU. Wir sind eine bundesweite, sozialistische, europäische Partei.

ken WG zusammenschlugen. Und schon greift der neue CDU-Generalsekretär Meyer diese, wie das ND richtig schreibt, „Nazi-Parole“, auf und macht sie sich zu eigen.

Rechts besetzte Begriffe

Die Begriffe „Vaterland“, „Deutschland“ und „Nation“ sind so von rechts besetzt und derart mit der Geschichte deutscher Verbrechen verbunden, dass sie von Linken nicht „erobert“ werden können. Und selbst wenn dies bestritten wird, ist zu fragen: Ist es denn hinsichtlich der transportierten Inhalte sinnvoll, diese Begriffe „von links“ besetzen zu wollen?

Inhaltlich ist es m. E. kein Zufall, dass die erwähnten Begriffe heute und in den führenden kapitalistischen Ländern im allgemeinen und in unserem Land im be-

sonderen von rechts besetzt sind. Ein spezifisches Vaterland zu lieben, dazu noch eines mit der besagten Geschichte und der bekannten politischen und wirtschaftlichen Macht, wird immer als ausgrenzend verstanden bzw. missverstanden werden – in dem Sinne, dass „Deutschsein“ etwas Besseres sei. Den Hinweis auf die Theorie der „Herrenrasse“ mag man strikt von sich weisen, doch er wird kommen.

„Deutschland“, „Vaterland“ und „Nation“ werden als Identifikationsmerkmale von Rechten, Rechtsextremen und Faschisten verstanden. Linke hingegen werden zu Recht mit „international“ und „internationalistisch“ und nicht mit „national“ in einen Zusammenhang gebracht. Marx und Engels schrieben im „Kommunistischen Manifest“ ausdrück-

lich: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“. Die in Dutzenden Sprachen (und am Ende des Cottbusser Parteitags) gesungene Hymne der Sozialisten ist nicht zufällig die „Internationale“. Und die Parole „Hoch die internationale Solidarität“ ist zu Recht die auf linken Demonstrationen und Kundgebungen am meisten gerufene. Anstatt die von rechts besetzten Begriffe erobern zu wollen, sollte die Linke alles tun, die für sie charakteristischen Begriffe mit Leben zu füllen und zu aktualisieren. Ja, Rituale müssen auch aufgebrochen werden, aber nicht durch „Tabubrüche“ nach Art einer „Deutschland-Debatte“. Statt dessen wäre darüber zu debattieren, wie die kommende Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 2001 so zu gestalten ist, dass die Linke nicht gespalten

werden kann in sogenannte autonome Marschierer und in ein sogenanntes Ritual des „Nelken-Abwurfs am Grab“.

Bleibt die Frage, wen wir mit „Ich liebe Deutschland“ erreichen. Ich bestreite nicht, dass es in der KPD und in der DDR eine gewisse „nationale linke Tradition“ gab. Offensichtlich zählt sich Höpcke zu ihr. Und ich habe vor Linken mit dieser Tradition Respekt. Es ließe sich nun trefflich darüber streiten, was die Motive dafür waren, weshalb von der SED unter Honecker die DDR als ein „sozialistischer Staat deutscher Nation“ bezeichnet wurde. Es ließe sich auch darüber debattieren, inwieweit der „nationale Kurs“ der KPD Anfang der 30er Jahre den Rechten – dem Sieg der Nazis – in die Hände gearbeitet hat.

Warum gerade jetzt?

Aber einmal abgesehen von diesen historischen Debatten – in welchem Umfeld findet denn die aktuelle PDS-Debatte statt? Ausgerechnet in einer Zeit der enormen Zunahme von faschistischen und rassistischen Akten, die fast alle im Namen von „Deutschland“, eines deutschen Nationalstolzes, eines „Vaterlandes, das nicht überfremdet werden darf“, begangen werden. In einem Land, in dem zirka acht Millionen Menschen, rund zehn Prozent der Bevölkerung, Migranten sind, Menschen, die sich fast alle nicht mit diesem Land als ihrem „Vaterland“ identifizieren können. Wir debattieren über „Deutschlandliebe“ zeitgleich mit dem Einknicken der Grünen, deren Vorsitzende Künast den Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ aus dem Grünen-Wortschatz streichen will. Wir wollen „von links“ den Begriff „Nation“ aufgreifen, während zur selben Zeit der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Merz, eine „deutsche Leitkultur“ fordert und der Sprecher der islamischen Gemeinden erklärt, wie er sich dadurch ausgegrenzt fühlt.

Diese PDS-Debatte findet statt in einer Bundesrepublik Deutschland, in der ein Großteil derjenigen, die sich gegen den nationalen Terror von rechts wehren, sich als „antinational“ und „internationalistisch“ verstehen und sich von einer PDS, die ein deutsches Vaterland entdeckt, abgestoßen fühlen. Mehr noch: Fast alle Kommentare wännen die PDS auf dem strammen Weg nach rechts. „PDS – auf dem Weg nach Deutschland“ überschrieb die FAZ einen Leitartikel nach dem Cottbusser Parteitag. Die *Zeit* erkannte die PDS als eine neue „CSU des Ostens“. Die *Berliner Zeitung* titelte: „PDS – die neue Deutschlandpartei“. So kamen wir als PDS zwar in die Schlagzeilen – aber als Negativ-Werbung.

Sahra Wagenknecht äußerte, die aktuelle Deutschland-Debatte in der PDS sei „der sicherste Weg, die PDS im Westen von zwei auf 0,2 Prozent zu bringen“. Das trifft zu. Auch die Behauptung, dass Deutschtümelei im Osten Stimmen bringe, kann mit Grund bezweifelt werden.

Mit solchen deuschtümelnden Tönen werden in erster Linie diejenigen nationalistischen Geister gestärkt, die längst von anderen geweckt wurden – und wir werden sie auf diese Weise immer weniger los werden. Eine „nationale linke Partei“ muss unglaublich bleiben, weil „Nation“, „Vaterland“ und „Deutschland-Liebe“ in Widerspruch zur Essenz einer sozialistischen Politik stehen – es sei denn, die PDS veränderte grundsätzlich ihren Charakter und würde – wie einige ihrer ehemaligen osteuropäischen Schwester-Parteien – primär eine „nationale Partei“.

Letzten Endes sind mit der aktuellen „Deutschland-Debatte“ zwei existentielle Gefahren für die PDS verbunden: die Gefahr, das Ziel einer gesamtdeutschen sozialistischen Partei aufzugeben, und die Gefahr, die schleichende Veränderung von PDS-Grundsatzpositionen zeitweilig zu übertünchen.

Die bereits zitierte Überschrift in der *Zeit*, wonach die PDS sich in Richtung einer „CSU des Ostens“ entwickle, hat einen ernsten Hintergrund. Die extremen und kaum verminderten Diskrepanzen zwischen Ost- und West-PDS bei Mitgliedschaft und Wählerpotential sind bereits heute extrem gefährlich: 1,2 Prozent im Westen, 20 Prozent im Osten, 85000 Mitglieder im Osten, über 5000 im Westen, massiv höherer Altersdurchschnitt im Osten als im Westen, Reduktion der Mitgliederzahl im Osten pro Jahr um gut 5000 bei gleichzeitigem Wachstum im Westen im Jahr um rund 800. Erheblich unterschiedliche politische Kulturen in Ost- und West-PDS usw. usf.

Vor solch einem Hintergrund wirken zwei PDS-„Briefe aus Sachsen“, die eine Reduktion der PDS auf die neuen Länder forderten, kaum als Zufall. Und es wirkt auch eher wie ein Versuchsballon, wenn inmitten der PDS-Deutschland-Debatte die SPD-Linke Nahles für eine Fusion von SPD und PDS plädiert, wenn

Gysi im „Neuen Deutschland“:

Alles was Zimmer dazu in einem umstrittenen Interview in der „taz“ gesagt habe, habe sie bereits in ihrer Rede auf dem Parteitag in Cottbus erklärt. Dort sei sie aber gewählt worden. Zudem kritisierte Gysi, dass man Zimmer nicht die übliche Schonfrist von 100 Tagen einräume. „... Auch mit allen Einschränkungen würde ich den Satz ‚Ich liebe Deutschland‘ nicht über die Lippen bringen“, so Gysi. Man könne wohl Menschen lieben, aber nicht Länder und Staaten. „Worum es der Vorsitzenden meiner Partei aber eigentlich geht, ist ein normales Verhältnis der deutschen Linken zu ihrem eigenen Land, worüber Linke in anderen Ländern ganz selbstverständlich verfügen.“ Zimmer habe seinen Respekt, weil sie dieses „Mega-Thema“ trotz zu erwartender Reaktionen anging. 4.11.

der PDS-Pressesprecher Hanno Harnisch darauf zunächst antwortet, dies könne „in zehn oder zwanzig Jahren durchaus Thema sein“, worauf dann alle beteiligten Seiten erklären: Unsinn! Mißverständnis! Böse Presse! Das heißt: Das ohnehin nicht unproblematische Ost-West-Verhältnis in der PDS wird mit dieser „Deutschland-Debatte“ erheblich belastet, und solch eine Belastung kann als Sprengsatz wirken und diejenigen in der PDS bestärken, die endlich die Wiederbelebung der Staatspartei wünschen. Für die sind Westlinke allzu systemoppositionell, die eigenen Kreise störend.

Münster revidieren?

Zur zweiten Gefahr: Die aktuelle Deutschtümelei stellt eine Brücke dar, den allgemeinen Trend zur Akzeptierung der real existierenden kapitalistischen Gesellschaft einerseits zu verschleiern und andererseits gleichzeitig zu verstärken. Das ursprünglich von einem großen Teil der Parteiführung nach dem Münsteraner Parteitag geäußerte Ziel, die dort getroffene Entscheidung eines bedingungslosen Nein zu UN-mandatierten Kriegen zu revidieren, wird mit der Deutschtümelei auf die „weiche Tour“ befördert. Identifikation mit „Deutschland“ heißt unter den konkreten Bedingungen faktisch meist, sich mit der konkreten Dynamik dieses „Deutschland“ zu identifizieren. Diese Dynamik aber lautet: Expansion jeder Art – neuer deutscher Imperialismus, neue angriffskriegsfähige Bundeswehr – eine Bundeswehr, die sich auf dem Balkan bereits für den nächsten Krieg einräubt.

Die Erfahrung in der Zeit nach dem Jugoslawien-Krieg und vor dem Münsteraner Parteitag lehrt, dass wir das Augenmerk auf dieses zentrale Thema richten müssen. Da diese kapitalistische Gesellschaft Konkurrenz ebenso logisch für notwendig erklärt wie sie Krieg gebiert, wird sie einer Partei, deren Führung „mittig-links“ mitregieren will, immer wieder die Gretchenfrage aufzwingen: Wie hältst du es mit der Bundeswehr, mit der NATO? Und wann gibst Du das Ja-Wort zum Krieg aus Liebe zu Deutschland? So wie im Fall Osttimor Druck ausgeübt wurde, doch ein kleines leises Ja zu hauchen, so wird heute Druck ausgeübt.

Die PDS-Fraktion hat nach dem Sieg von Kostunica in Jugoslawien eine Resolution veröffentlicht, in der sie „die Demokratie in Belgrad“ begrüßt und fordert, nun müsse endlich auch Jugoslawien in den Balkanpakt einbezogen werden. So weit so schlecht. Als diese Resolution beschlossen wurde, wurde auf der entsprechenden – öffentlichen – PDS-Fraktionssitzung beantragt, dass am Ende wenigstens die Forderung angefügt werde, die Bundeswehr sei aus dem Kosovo, aus Mazedonien und aus Albanien abzuziehen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Begründung: Dieses Thema ist derzeit „nicht aktuell“.

Öcalans Verteidigungsschrift

Unter dem Titel „Über die Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik“ erschien, pünktlich zur Frankfurter Buchmesse, die „Verteidigungsschrift“ Abdullah Öcalans in deutscher Sprache. In ihr legte der Vorsitzende der PKK seinen Lösungsvorschlag der kurdischen Frage dar. Das Vorwort für diese Ausgabe schrieb der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech. Wir dokumentieren es:

Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan auf dem Weg von der Residenz des griechischen Botschafters in Nairobi (Kenia) zum Flughafen entführt und in dem Flugzeug eines türkischen Geschäftsmannes gefesselt in die Türkei gebracht. Ein Gangsterstück, welches eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Amsterdam, Rom und Athen beendete – der kriminelle Schlusspunkt unter einem wenig überzeugenden Kapitel europäischer Rechtskultur. Kein Staat wollte einem Mann Asyl gewähren, der darum nachsuchte und wie kein anderer politischer Flüchtling einen Anspruch auf eine Zuflucht gehabt hätte. Aber keine Regierung wollte seine Botschaft hören und sich ernsthaft auf die kurdische Frage einlassen, als ginge sie die Tragödie des kurdischen Volkes an der Peripherie Europas nichts an. Sie wollten ihm nicht einmal die Möglichkeit der Verteidigung seiner Sache vor einem Internationalen Tribunal geben. Aus Angst, dass dann der ganze Umfang einer Jahrzehnte langen Unterdrückungs- und Vernichtungsmaschinerie ihres NATO-Verbündeten der Weltöffentlichkeit präsentiert und in die Verhandlung eingebracht worden wäre, lieferten sie ihn der türkischen Gerichtsbarkeit aus. Dabei war ihnen nicht unbekannt, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese Gerichtsbarkeit bereits in zahlreichen Fällen gravierende Mängel an Rechtsstaatlichkeit bescheinigt und wegen Verstoßes gegen die europäischen Standards abgelehnt hatte.

Es ist unwesentlich, in welchem Umfang der Druck seitens der USA zur Verleugnung der eigenen Rechts- und Asyltradition geführt hat. Sie hatte bereits gemeinsam mit der Türkei Syrien zur Ausweisung Öcalans gedrängt. Übersehen wir dabei aber nicht, dass vor allem die deutsche Regierung sich dadurch erneut eines politischen Problems entledigen wollte, vor dem sie nicht nur Jahre lang die Augen verschlossen hatte, sondern bei dem sie mit politischer und militärischer Unterstützung zu der verzweifelten Eskalation eines Befreiungskampfes mit über 30000 Toten, über drei Millionen Vertriebenen, verheerenden Verwüstungen und Zerstörung des Lebensraums in Kurdistan, schweren Menschenrechts-

verletzungen und Kriegsverbrechen beigetragen hat. Auch diese Menschenrechtsverletzungen sind in den bislang achtzehn Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Türkei festgestellt worden und zahllose weitere Prozesse sind anhängig.

Die Entführung war ein Gemeinschaftswerk der Geheimdienste der Türkei, der USA und Israels, soviel ist heute sicher. Gleichgültig, ob die Regierung Kenias über das Kidnapping informiert und ihm stillschweigend zugestimmt hat, nach den Strafnormen aller beteiligten Staaten ist es eine Freiheitsberaubung gewesen und damit strafbar. Da die Behörden Kenias aber nach allem was wir mittlerweile wissen, nicht zugestimmt haben, stellt dieser Piratenakt auch eine schwere Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität Kenias dar und ist dementsprechend völkerrechtswidrig. Das allein schon begründet schwere Bedenken gegen eine Aburteilung des Entführten durch die Entführer. In den letzten dreißig Jahren hat sich in der Völkerrechtslehre zunehmend der Grundsatz durchgesetzt, dass aus einer Rechtsverletzung nie ein neuer Rechtstitel erwachsen kann: „ex iniuria ius non oritur“. Dieser Grundsatz ist in vielen Rechtsordnungen verankert. Nehmen wir die zahlreichen Absonderlichkeiten und Rechtsverletzungen vor und während des Prozesses von Imrali hinzu, so wird das zwangsläufige Todesurteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo es jetzt überprüft wird, keinen Bestand haben können.

Doch Rechtskultur hin und politisches Gangstertum her, die Entführung und der Prozess haben auch die politischen Koordinaten der Kurdenfrage verändert. Zweifellos kam Öcalan bereits mit der Intention eines grundsätzlichen Wechsels in der Strategie des Kampfes um die kurdische Identität und Selbstbestimmung nach Europa. Für die Öffentlichkeit formuliert hat er sie aber erst während des Prozesses. Es war weniger eine Rechtfertigung der Vergangenheit und schon gar nicht eine Verteidigung der ihm zur Last gelegten Taten. Es war viel mehr ein breit gefächelter Blick in die Zukunft, der Versuch eines programmatischen Anstoßes zu einem Dialog mit der türkischen Gesellschaft und Regierung, der bis jetzt so hartnäckig von dieser verwehrt wird.

Die hier ins Deutsche übertragene Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan ist als erneutes Angebot zur Eröffnung eines politischen Dialogs über das Zusammenleben des türkischen und des kurdischen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu verstehen – auf der Basis sehr weitgehender strategischer Entscheidungen. Diese reichen zurück bis in das Jahr 1995,

als die PKK definitiv auf das Projekt eines eigenen Staates verzichtete und die Zukunft des kurdischen Volkes innerhalb der Grenzen der Türkei definierte. Die türkische Regierung ist nie auf diesen fundamentalen Wandel in der kurdischen Politik eingegangen, sondern verfolgt bis auf den heutigen Tag Journalisten und Politiker, die sich der kurdischen Frage widmen, mit dem Vorwurf des Separatismus und Inhaftierung. Ebenso wenig hat das türkische Militär die drei Waffenstillstandsangebote der PKK von 1993, 1995 und 1998 angenommen, da es eine Lösung der Kurdenfrage nur auf der Basis eines militärischen Sieges und der bedingungslosen Kapitulation der kurdischen Guerilla suchte. Selbst die jüngste Entscheidung der PKK, auf weitere militärische Aktionen definitiv zu verzichten und die Guerilla aus ihren Kampfgebieten zurückzuziehen, führt bisher auf der türkischen Seite noch nicht zu einer entsprechenden Deeskalation. Immer wieder kommt es zu militärischen Aktionen der türkischen Seite, die es der kurdischen Guerilla offensichtlich nicht erlauben, vollkommen abzurüsten und zu demilitarisieren, um nicht auf einen Verteidigungsschutz zu verzichten. Dennoch ist der Gewaltverzicht glaubwürdig und der Rückzug der Guerilla weit fortgeschritten.

Die Verteidigungsrede lässt keinen Zweifel daran, dass der Gewaltverzicht endgültig und definitiv ist. Wenn sie das Drehbuch der neuen Weltordnung auch ablehnt, welches von den USA und der von ihr dominierten NATO diktiert wird, kann sie es doch nicht ignorieren. Wer das neue Strategiedokument studiert, welches im April 1999 zum 50jährigen Jubiläum der NATO in Washington verabschiedet worden ist, weiß, dass ein Kampf nach dem Vorbild der kolonialen Befreiungskämpfe gegen ein Mitglied dieses Herrschaftsbündnisses nicht mehr erfolgreich sein kann. Was die eritreische Befreiungsfront in einem dreißigjährigen blutigen Befreiungskampf gegen Äthiopien noch erreichen konnte, ist gegen einen NATO-Staat nicht möglich. Der Zerfall Jugoslawiens in mehrere souveräne Einzelstaaten fand die Unterstützung der NATO, und er ist unter ihrem Schutz noch nicht abgeschlossen. Gegen ihren Willen wäre er nicht erfolgt. Denn die Erosion von Staaten enthält immer ein unkalkulierbares Moment der Destabilisierung, welches die NATO laut Strategie vom April 1999 notfalls mit militärischer Intervention überall dort, wo die Interessen ihrer Staaten berührt werden, verhindern wird. Und solch ein sensibles Interessenfeld stellt der Südosten der Türkei dar. Die NATO hat lange genug gezeigt, dass sie den Zerfall der Menschenrechte, die Unterdrückung eines Volkes und die Vernichtung seiner Identität bereit ist hinzunehmen, wenn die Stabilität ihres strategischen Koordinatensystems in der Region gesichert bleibt. Das kurdische Volk und die PKK mussten einse-

hen, dass in einer unipolaren Weltordnung ohne das klassische Gleichgewicht konkurrierender Weltmächte und ohne das Funktionieren eines kollektiven Sicherheitssystems wie die UNO der isolierte Kampf eines einzelnen, durch mehrere Staatsgrenzen geteilten und in sich nicht einigen Volkes militärisch keine Chance hat. Dieser Satz darf allerdings nicht vergessen machen, dass es der bewaffnete Kampf war, der das kurdische Volk vor der Auslöschung seiner Identität bewahrte. Ohne diesen Kampf hätte sich das kurdische Bewusstsein nie zu einer Identität stiftenden Kraft entwickelt und wäre die kurdische Frage wohl kaum auf die internationale Tagesordnung gesetzt worden. Und die türkische Seite? Der Krieg hat sie keinen Schritt näher an die Lösung der kurdischen Frage herangebracht aber immer mehr in den Sumpf des Staatsterrors, der Korruption und Folter hinuntergezogen. Der Krieg hat nicht nur ihr Land sondern auch ihr politisches System verwüstet.

Der grundsätzliche Wechsel der Befreiungsstrategie von der militärischen Bekämpfung des kemalistischen Systems von außen zu einem Kampf um seine Demokratisierung mit ausschließlich politischen Mitteln von innen ist daher die logische Folgerung aus dem Scheitern des Krieges. Und es ist die zentrale Botschaft dieser Verteidigungsrede. Sie lautet, dass das Ziel der Anerkennung der Identität des kurdischen Volkes, seines Selbstbestimmungsrechts mit allen seinen kulturellen, politischen und ökonomischen Folgerungen für eine menschenwürdige Existenz innerhalb eines gemeinsamen Staatsverbandes nicht aufgegeben wird, dass der Weg zu ihm aber nur über die durchgreifende Demokratisierung aller Institutionen der türkischen Gesellschaft führt. Und diese Botschaft sollte den Regierungen der NATO- und EU-Staaten nicht allzu fremd klingen. Es werden keine Rezepte oder Modelle der Demokratisierung gegeben, sei es der Föderalisierung, der Autonomie oder anderer Formen kooperativer Selbstverwaltung. Die Rede ist ein Bekenntnis zur Integration und ein Angebot zu gemeinsamen Bemühungen um Demokratie. Es werden die zentralen Unzulänglichkeiten des politischen Systems benannt, die unheilvolle Dominanz des militärischen Apparats, das grob gestrickte Netz politischer Korruption, die Abwesenheit einer rechtsstaatlichen Tradition und die Schwächen eines zu einer antidemokratischen Staatsideologie erstarrten Kemalismus. Die Perspektive geht allerdings über die türkischen Grenzen hinaus und erfasst ebenso die kurdische Existenz im Iran, Irak und Syrien.

Das kurdische Volk muss aus dem tödlichen Zirkel herauskommen, in den es durch staatliche Unterdrückung, Verachtung und Vernichtung und immer wieder aufflammende Aufstände mit den Nachbarvölkern eingepfercht ist. Da diese Völker derzeit keinen Ausweg finden, muss

das kurdische Volk selber den Teufelskreis durchbrechen. Die äußere Lage des Autors und zum Tode Verurteilten erscheint schmachvoll und das Odium der Niederlage kaum günstig für ein erfolgreiches Angebot zu einem gemeinsamen Aufbruch gleichberechtigter Partner. Aber politische und militärische Niederlagen sind nicht immer historische Niederlagen, die die Lösung des Konfliktes nur auf der Leiche des anderen ermöglichen. Öcalan weist in seiner Rede darauf hin, dass er den Wechsel seiner Politik seit dem Waffenstillstandsangebot von 1993 im Auge hatte. Das ist lange Zeit wohl verkannt worden. Die veränderte Strategie ist kein Produkt von Verhaftung und Prozess, beide waren aber entscheidende Katalysatoren ihrer Formulierung. Was in der Öffentlichkeit gern als persönliche Niederlage eines gescheiterten Guerilla-Führers interpretiert wird, entpuppt sich nun als zwar schmerzliche, aber politisch gewinnbringende Etappe auf dem Weg der politischen Lösung – wahrscheinlich gegen die Absicht der Entführer, aber letztlich doch zu ihrem Nutzen. Schauen wir zu den Nachbarn: All die militärischen und politischen Niederlagen der PLO haben Israel nicht davor bewahrt, schließlich mit ihr am gleichen Tisch verhandeln zu müssen.

Die Dialektik der Geschichte wird nicht durch militärische Siege vorangetrieben, sondern durch die politische Klugheit und kämpferische Zähigkeit dessen, der sein historisch unanfechtbares Anliegen auch zum Zeitpunkt der vermeintlichen Aussichtslosigkeit nicht aus den Augen verliert. Und zumindest in der Türkei gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass die Botschaft aus dem Gefängnis einen intensiven Prozess der Reflexion über die Zukunft der Demokratie in der eigenen Gesellschaft freigesetzt hat.

Die Verteidigungsrede ist ein Dokument dieser Reflexion. Sie richtet sich nicht nur an das türkische, persische oder arabische Volk und seine Regierungen, sondern auch an das eigene in viele Fraktionen zersplitterte Volk – nicht zuletzt aber auch an uns Deutsche und unsere Regierung, die die PKK immer noch als kriminelle Organisation stigmatisiert und verfolgt. Die Politik der militärischen und politischen Unterstützung des türkischen Krieges hat zweifellos keinen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei geleistet – ebenso wenig wie der Guerillakampf. Dieser ist nun beendet, ein neuer Vorschlag liegt auf dem Tisch. Er ist es wert, genau studiert zu werden. (Norman Paech, Juli 2000)

Abdullah Öcalan: Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik, hg. vom Kurdistan-Informationszentrum, 300 Seiten, 15,- DM, ISBN 3-00-00-5739-0

Bestellungen an Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ), Postfach 12 11 22, 10605 Berlin, Fax: 030-32764025.

Aus: Kurdistan-Rundbrief, Nr. 22

Ausstellung in Waldkirch

Die Deutschen in der Résistance

Am 12. Oktober fand im südbadischen Waldkirch die Eröffnung der Ausstellung „Die Deutschen in der französischen Résistance“ statt. Ein Tag später folgte in der Partnerstadt Sélestat die Eröffnung der französischen Version. Kurt Hälker, ehemaliger Widerstandskämpfer in einer Wehrmachtsgruppe und der Résistance, war zusammen mit Hans Heisel für die DRAFD anwesend und erläuterte die Intention seines Verbandes zur Ausstellung: „...Wir wollten einen Beitrag zur Durchbrechung der Schallmauer des Verschweigens oder der Entstellung dieses Kapitels deutscher Geschichte leisten. Wir wollten deshalb ausschließlich durch Zeitzeugen authentisch darstellen lassen, wie dieser Abschnitt der Geschichte tatsächlich abgelaufen ist, frei etwa von politischen Vorgaben oder Ambitionen. Wir wollten unter Nutzung von Erfahrungen in diesem Kampf wirksame Informationsarbeit leisten, mit dem Ziel zu verhindern, dass jemals wieder in unserem Land der Faschismus, gleich in welcher Form, sein Haupt erheben kann. 1945 wurde der hitlerfaschistische Staat durch die Streitkräfte der Antihitlerkoalition militärisch zerschlagen. Aber der Kampf gegen den nazistischen und rassistischen Ungeist wurde vernachlässigt, und so quasi die Naziideologie in gewisser Weise konserviert. Aus diesem Nährboden ist das Entstanden, was wir heute leider an Exzessen des Rechtsextremismus erleben...“

Zuvor hatte Bürgermeister Leibinger in seiner Eröffnungsrede Stellung bezogen und bemerkt: „...Wer allerdings die Presse aufmerksam verfolgt, weiß, dass man nie genug sowohl vom Umfang als auch von der Qualität Aufklärung über Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus betreiben kann. Diese Ausstellung, die wir hier sehen, zeigt aber auch, dass es in der Zeit der Hitlerdiktatur Frauen und Männer gab, die zum Teil sehr früh vor dem drohenden Hitlerfaschismus warnten und deswegen verhaftet wurden oder fliehen mussten...“

Deutliche Worte fand auch der Bürgermeister von Sélestat, Pierre Giersch, der die Auseinandersetzung Waldkirchs mit seiner Geschichte hervorhob und darauf aufmerksam machte, dass es in Frankreich auch eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Vichy-Regime geben müsste. Er sprach davon, dass die deutschen Antifaschisten, die in der Résistance gekämpft haben, Deutschland als das ehemalige Land der Dichter, Denker und Philosophen damals nicht mehr wiedererkannt haben und dass, wenn heute über den Rechtsextremismus gesprochen wird, den Menschen klar gemacht werden muss, was damals geschehen ist. Das müsste auch denen klar ge-

macht werden, die beispielsweise mit 15–20% im Elsass rechtsextrem wählen.

Lucienne Schmidt, die Vorsitzende des Zentrums für Menschenrechte in Sélestat, die zusammen mit den Bürgermeister und Roland Netter von der ANACR die Ausstellung am 13. Oktober in Sélestat eröffnete, erläuterte ihre Intention: „Wir leben in einer Epoche, wo alle alten Dämonen wieder auftauchen und mit Hilfe neuer Medien weltweit wirksam werden können. Deshalb haben wir ein schlichtes Plakat angefertigt, das diese Ausstellung vollenden soll. Es handelt sich um Aufrufe zum deutschen Widerstand in Berlin, in Frankfurt, Widerstand gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus heute. Die Jugendlichen, die in diese Ausstellung kommen werden, werden hier zunächst nur ein Kapitel Geschichte entdecken. Die Begebenheiten, die Leuten meiner Generation noch so nahe liegen, scheinen ihnen längst nicht mehr aktuell. Deshalb werden die Veranstalter sich bemühen, ihnen zu zeigen, was deutscher Widerstand während des Zweiten Weltkrieges bedeutete. Danach sollen sie auch suchen, wie man heute Gedankenfreiheit pflegen und schützen kann, und gegen den Strom kämpfen muss, wenn es um die Ehre der Menschheit geht....“

Wehrmachtsgruppen und Résistance

In der Veranstaltung am 18. Oktober berichteten Hans Heisel und Kurt Hälker über ihren Entschluss, als Wehrmachtsangehörige mit der Résistance zusammen zu arbeiten. Kurt Hälker berichtete, dass es etliche deutsche Antifaschisten in der Résistance gab, viele hatten sogar Offiziersränge. Er und Hans Heisel waren gegen Ende des Krieges in Habsheim unter Colonel Fabien, einem legendären Résistancekämpfer, in der FFI eingesetzt.

Kurt Hälker war 1941 als Fernschreiber ausgebildet worden und hatte seinen ersten Einsatz auf den Kanalinseln. Erste Denkanstöße bekam er, als er mitbekam, wie ein brutaler Korvettenkapitän verdächtige Zivilisten niederprügelte und dass das Prinzip der Geislerschießungen angewandt wurde. Bei ihm entwickelte sich eine innere Opposition. Als er in Paris Hans Heisel traf, der bereits Kontakte zum französischen Widerstand hatte, schloss er sich an. Ihre Aufgabe war es, Widerstand in der Wehrmacht zu leisten, solange wie möglich. Im August 1944, als die alliierten Truppen gelandet waren und die Wehrmacht den Auftrag hatte, Paris zu zerstören, floh er zu französischen Freunden der Résistance. Er war aktiv beteiligt am Pariser Aufstand und danach Frontdelegierter in der FFI.

Hans Heisel ordnet ihr Handeln nur als einen kleinen Teil des weltweiten Kampfes gegen den Faschismus ein, das deutsche Volk hat gegen Hitler versagt. Er stammt aus einfachen Arbeiterverhältnissen, wollte zur Handelsmarine und kam stattdessen zur Kriegsmarine. Ende 1940 wurde er in Paris eingesetzt. Er wur-

de politisiert durch Artur Eberhard, einen Opersänger und Sozialisten, und erhielt erste Kontakte zur Résistance über seinen Friseur und seinen Schneider. Das Wissen über Geislerschießungen, Deportationen, die Okkupation führte ihn zum Widerstand. Sein Auftrag war die Aufklärung durch Flugblätter, Besorgung von Nachrichten aus der Wehrmacht für die Résistance, die Organisation von Waffen. Sie arbeiteten in einer kleinen Gruppe: Kurt Hälker, Artur Eberhard und er und versuchten weitere Mitglieder zu gewinnen. Vorsichtig und durch Diskussionen versuchten sie Vertrauen zu gewinnen. Trotzdem gab es mehrere Situationen, wo sie kurz vor der Entdeckung standen. Eine Verhaftung hätte den sicheren Tod bedeutet.

1944 kämpfte Hans Heisel auf den Barrikaden von Paris gegen die Besatzer. Nach der Befreiung von Paris wurden er und Kurt Hälker im 1. Regiment von Paris unter Colonel Fabien eingesetzt. Nach Fabiens Tod in Habsheim arbeitete er weiter als Frontbeauftragter an der Atlantikküste. Beim Kessel von La Rochelle musste er feststellen, wie weit der Fanatismus der deutschen Soldaten immer noch ging. Sie gaben nicht auf in der Hoffnung auf deutsche Wunderwaffen, obwohl alliierte Truppen vor Berlin standen.

Dem guten heutigen Verhältnis von Frankreich zu den deutschen Antifaschisten in der Résistance steht die Quasi-Ausladung zu den 50-Jahr-Befreiungsfeiern von Paris gegenüber, die aufgrund der Intervention vom damaligen Bundeskanzler Kohl erfolgte. Eine Anerkennung der antifaschistischen Arbeit der deutschen Kämpferinnen und Kämpfer in der Résistance durch die BRD lässt immer noch auf sich warten.

Hans Heisel beschrieb die Aufnahme von ihnen bei der Résistance als brüderliches Verhältnis. Es gab in der international geprägten Résistance keine Vorbehalte gegen deutsche Antifaschisten. Diese gab es nur bei Kolonialtruppen. Während seiner Tätigkeit im Marineministerium hätte er auch die Möglichkeit eines Attentats in der Räumen der Kriegsmarine gegen den kompletten Führungsstab gehabt. Er wurde zwar in die technischen Möglichkeiten eingewiesen, letztendlich wurde der Plan aber doch durch die Führung der Résistance verworfen. Er wäre bereit gewesen alles zu tun, zur Beendigung des Krieges und zum Einhalt der Gewaltverbrechen der Nazis.

In der BRD sind sie später als „Nationalverräter“ behandelt worden. Schmunzelnd berichtete Hans Heisel noch, dass bei seinem Rentenanspruch festgestellt wurde, dass er in der Zeit, als er bei der Résistance war, offiziell als vermisst gegolten hat. Er wurde dann in Abwesenheit von der Marine noch befördert, was sich natürlich heute bei seiner Rente auswirkt. Hans Heisel fordert heute ein konsequentes Verbot von faschistischen Parteien und Organisationen.

Der Widerstand in Frankreich

Auf der zweiten Veranstaltung sprach Roland Netter, der Vorsitzende des Regionalkomitees der ANACR im Elsass über Entstehung und Geschichte der Résistance. Er beschrieb den geschichtlichen Hintergrund, bevor er auf seine eigene Geschichte einging. 1940 brach die französische Armee zusammen. Die Generäle hatten sich auf einen Krieg ähnlich dem ersten Weltkrieg eingerichtet. Die Festungslinie konnte jedoch dem brutalen Angriff der modernen Wehrmacht nichts entgegensetzen. Am 17.6.40 hat dann General Petain, der spätere Kollaborateur, einen Waffenstillstand beantragt, ein Tag später rief General de Gaulle von England aus zum Widerstand auf. Roland Netter lebte zu dieser Zeit als 17-Jähriger mit seinen jüdischen Eltern in einer kleinen Gemeinde in Elsass. Nach der Besetzung wurde das Elsass „ethnisch gesäubert“. Alle Juden, Sinti und Roma, die nur französisch sprechende Bevölkerung, musste das Elsass verlassen. Roland Netter kam 1943 nach St. Etienne um dort arbeiten und Geld verdienen zu können. Er arbeitete in einer Waffenfabrik in der Produktion, wo Rüstungsteile für die Wehrmacht hergestellt wurden. Um Widerstand zu leisten, schloss er sich dem Jungen Jüdischen Kämpferbund an. Es wurden Flugblätter verteilt und Aufklärungsarbeit geleistet. Ihm war dies jedoch als Widerstandstätigkeit nicht genug, er wollte mit der Waffe kämpfen. So brachte ihn die Organisation mit einer aktiven Widerstandsgruppe in Verbindung. Er erhielt den Auftrag, Widerstandszellen in der Waffenfabrik aufzubauen, damit bei einer Landung der Alliierten und ihrem Vorrücken verhindert wird, dass die Maschinen ins deutsche Reich abtransportiert werden. Unter schwierigen Bedingungen – die Arbeiter kannten ihn nicht, er war nicht im Ort und Betrieb verankert und er war erst 20 Jahre – gelang es ihm trotzdem eine anfängliche Gruppe von fünf Personen aufzubauen. Gegen Ende des Krieges waren es dann 50. Die Leitung der FTPF nahm mit ihnen Verbindung auf und sie erhielten den Auftrag zur Sabotage der Produktion und zur Vorbereitung des Widerstandes beim Einrücken der alliierten Truppen. Im November 1944 wurde St. Etienne von den alliierten Truppen befreit. Roland Netter schloss sich den französischen Truppen an und kam über die Vogesen, Kehl, Donaueschingen und Freudenstadt bis nach Österreich. Er wurde, ohne je eine militärische Ausbildung erfahren zu haben, zum Leutnant ernannt.

Es konnte hier nur ein kleiner Teil dessen dokumentiert werden, was Kurt Hälker, Hans Heisel und Roland Netter zu berichten hatten. Das große Medieninteresse und die Beteiligung an den Veranstaltung zeigt jedoch das große Interesse an diesem wenig bekannten Kapitel der Widerstandsgeschichte.

(arb, an/az)

10.-12. November, Wien: *Charta 2000/Raisons d'agir: Europäisches Treffen*, Diskussionsforen und Kulturveranstaltungen auf dem Weg zu den von Pierre Bourdieu/Raisons d'agir in der „Charta 2000“ aufgerufenen „Generalständen der sozialen Bewegung in Europa“ und zur Vorbereitung des Athener Treffens im Frühjahr 2001. Burgtheater u.a. Veranstaltungsorte

17.-18. November, Kassel, Gesamthochschule: *Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaft?* 7. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Mit Elmar Altvater, Andreas Bachmann, Micha Heilmann, Margret Mönig-Raane, Franz-Josef Möllenberg, Klaus Pickshaus, Helmut Schauer, Hans-Jürgen Urban, Ewald Wehner und vielen anderen. Anmeldung: PDS-Regionalbüro Kassel, Sickingerstr. 10, 34117 Kassel. Tel. & Fax: 0561/920 15 03, e-mail: regionalbuero@pds-nordhessen.de.

25. November, Fulda: *Politische Ökonomie heute*, 4. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.) Thema diesmal: Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

1. Dezember: *EU-Gipfel* in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

2. Dezember, Berlin: Osteuropa-Korrespondententreffen der Arbeitsgemeinschaft Politische Be-

richte und von Setkání. (s.u.)

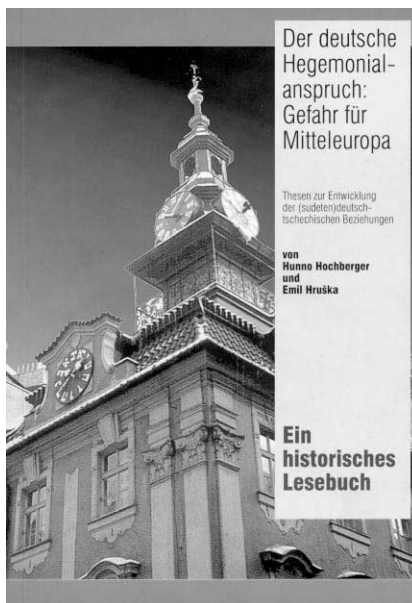
2.-3. Dezember, Paris: Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützterInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

7. Dezember, Nizza: Großdemonstration der *Europäischen Märsche*, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anlässlich des EU-Gipfels

4. bis 8. Januar, Sondershausen: Linke Winter-schule 2000/2001. Bitte schon einmal vormerken. Themen der drei Kurse in der nächsten Ausgabe der PB

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz



In dem 1998 erschienenen Buch (28 DM, erhältlich über GNN Schkeuditz oder Buchhandel: ISBN: 3-9805441-2-5) legen die beiden Autoren ausführlich die Geschichte der sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen dar.

KAZ

Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.296
September 2000 2 DM

Mit 280 km/h auf's Abstellgleis

Die Entwicklung der Produktivkräfte am Beispiel der Bahn AG und Verkehr, Teil 1
Aktuelles Thema: Gegen saubere Ausbeutung in einem sauberen Staat! Deshalb Verbot der CSU und aller faschistischen Organisationen

erscheint vierteljährlich
 Einzelheft 2 DM
 Jahresabo 15 DM

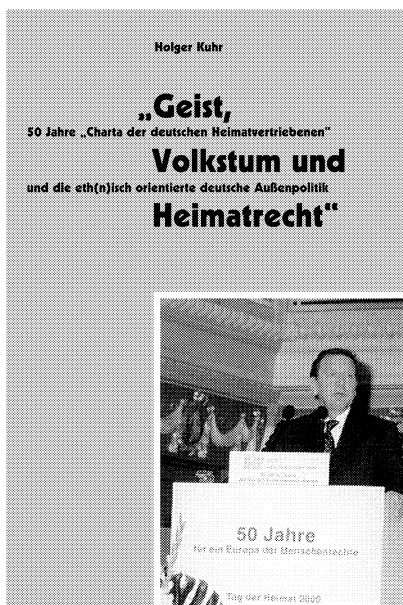
Redaktion der
 Kommunistischen Arbeiterzeitung
 Schweppermannstr. 19
 90408 Nürnberg

Tel/Fax: 0911-356913
 e-mail: gruppe-KAZ@aol.com

In dieser Broschüre werden die vier zentralen politischen und ideologischen Kernaussagen, die in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ enthalten bzw. mit ihr transportiert werden, kritisch analysiert: Es sind dies:

- erstens der postulierte „Gewaltverzicht“,
- zweitens die „Heimat“-Ideologie mit der Forderung nach einem „Recht auf die Heimat“,
- drittens die Europa-konzeption als „wahrhaft übernationale politische Ordnung“ und
- viertens die „Verantwortung der Völker am Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen“.

Darin mit behandelt wird die Frage nach der Bedeutung und aktuellen politischen Relevanz der genannten „Charta“-Inhalte für die Außenpolitik der Berliner Republik nach der Zäsur von 1990 und der Zäsur des Krieges um das Kosovo. Zu beziehen über: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/ 43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de, Preis 10 DM



Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte und Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker laden ein :

**Autorentreffen am Samstag, den 2. Dezember, in Berlin
Beginn 10 Uhr – Ende 16 Uhr**

Anmeldung: *Politische Berichte* – Martin Fochler c/o GNN-Verlag, Tel. 0711-624701, Fax: 0711-621532. E-Mail: mfochler@gnn-verlage.de. *Deutsch-Tschechische Nachrichten* – Renate Hennecke 089-507925. Fax: 089-5028112. E-Mail: Renate.Hennecke@munich.netsurf.de

Die Arbeitstagung soll den Autorinnen und Autoren, die sich in den letzten Jahren in den *Deutsch-Tschechischen Nachrichten* bzw. den *Politischen Berichten* mit der Expansion der Westmächte in den Europäischen Osten befasst haben, eine Gelegenheit bieten, im nächsten Jahr anstehende Arbeitsvorhaben vorzustellen und gegebenenfalls aufeinander abzustimmen.

Es werden Beiträge vorbereitet, die sich mit der Konzeption der Angliederung der Volkswirtschaften der Länder im östlichen Europa und der Unterwerfung dieser Gesellschaften unter die strategischen Interessen der Westmächte auseinandersetzen unter den Gesichtspunkten der

- materiell stofflichen Seite mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft
- finanzwirtschaftlichen Seite IWF/Weltbank/Kreditwesen/
- der politischen Seite, Herrschaftsarchitektur Eu/Nato

Anmeldung ist nötig. Es können private Unterkünfte vermittelt werden. Fahrkostenzuschüsse sind möglich.